ZECK

Nummer 115 // juli 03

Das Info aus der Flora

Schwerpunkt:

Stadtentwicklung



Inhalt

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 10 Euro pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Name« ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!) Eigendruck im Selbstverlag

Vorwort

Nunja, wie sollen wir's euch sagen? Zum Schwerpunkt und auch sonst hat uns reichlich wenig an Material erreicht.
Wir sparen uns an dieser Stelle das Gejammer über fehlende Zusendungen. Das Blättchen ist trotzdem gefüllt, fast ganz nach unserem Belieben. Ihr findet im Folgenden mal wieder ein Querbeetgemisch aktueller Begebenheiten, siehe Inhaltsverzeichnis.

Wir sparen uns diesmal auf einen neuen Schwerpunkt hinzuweisen, wenn sich einer ergibt, werdet ihr es mitbekommen. Ansonsten freuen wir uns auf den Sommer, und da wir ja zweimonatlich erscheinen, fällt auch keine Ausgabe aufgrund des berüchtigten Sommerlochs aus. Das ist doch auch mal was Feines. Noch eine Anmerkung in eigener Sache: Es sind zwei Sendungen zurückgekommen, die Adressen haben sich vom Umschlag gelöst. Welchen die letzte Ausgabe fehlt, möge sich bei uns melden, es wird umgehend die alte Ausgabe ihren Weg antreten.

Wir hören uns wieder im August!!

Die ZECK



Der Krimi der Kommissarin

Polizistin Nicole Drawer (38) brachte ihr erstes Buch auf den Markt

Ein sadistischer Killer treibt sein Unwesen in Hamburg. Drei junge, hübsche [illegible] sind [illegible] Opfer gefallen. Mit Hochdruck ermittelt die Mordkommission. Doch der eiskalte Serienmörder hinterlässt keine Spuren. Erst als die Polizeipsychologin Johanna Jensen hinzugezogen wird, kommen Details ans Tageslicht. Ein Spiel mit der Zeit beginnt. Hört sich spannend an, ist es auch. Das Debüt „Allein mit deinem Mörder" von Nicole Drawer ist nichts für schwache Nerven. Denn die 38-Jährige weiß, wovon sie schreibt. Sie ist Kriminaloberkommissarin beim LKA Hamburg.

Bereits mit sieben Jahren wusste Nicole Drawer, dass sie in die Fußstapfen ihres Opas treten und zur Polizei gehen würde. „Mit sechs Jahren war mein Traumberuf noch Ärztin, aber ich kann kein Blut sehen", sagt die alleinerziehende Mutter. Kein Blut sehen können und beim LKA arbeiten? „Bei meiner Arbeit habe ich nur mit Banknoten zu tun", sagt die 38-Jährige und nippt [illegible] an ihrem schwarzen Kaffee. Im Dezernat für Wirtschaftskriminalität ermittelt sie in Sachen Schwarzgelder und Betrug.

Schon mit 18 Jahren fing Drawer bei der Polizei an. Nach fünf Jahren Streife wechselte sie 1989 zum Staatsschutz und befasste sich als verdeckte Ermittlerin mit politischen Straftaten. Dann studierte die 38-Jährige Kriminalistik [illegible], wobei sie sich intensiv mit der Psyche von Serienmördern auseinander setzte.

Der Leser merkt's. Ein schauriger Einblick in die abgründige Seele eines Massenmörders tut sich auf, der Angst macht. Sogar die Autorin bekam beim Schreiben keine Ruhe. „Das war so bedrückend, dass ich abends in meiner Wohnung überall Licht angemacht und in die Schränke geschaut habe", sagt Drawer. Sie lebt mit ihrem 8-jährigen Sohn Chris Kevin in einer kleinen Zweieinhalb-Zimmer-Wohnung in Iserbrook. Ein Jahr lang brauchte Drawer, um ihr Buch zu schreiben. Dabei sind alle Personen und Szenen lediglich ihrer Phantasie entsprungen.

Ein spannender Roman in schnörkelloser, klarer Sprache geschrieben, der sich detailliert mit der Psyche von Serienkillern befasst.

WIEBKE STREHLOW

Kommissarin Nicole Drawer mit ihrem Buch „Allein mit deinem Mörder" (Verlag Droemer Knaur, 7,90 Euro)

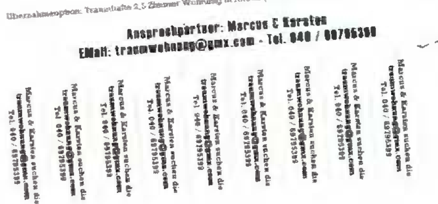
5.000 €*

* bekommt der- / diejenige bar auf die Hand, der uns erfolgreich **eine Mietwohnung** mit folgenden Bedingungen **vermittelt:**

1. sanierter Altbau
2. Mind. 4,5 Zimmer
3. Wohnfläche 120m² bis 160m²
4. Miete max. 1.500€ inkl. Heizung und Betriebskosten
5. mind. ein Balkon
6. 2. bis 4. Obergeschoss
7. Vollbad und seperates WC
8. Fahrradkeller
9. Haus und Wohnung in sehr gutem Zustand
10. Pitchpine Boden oder Parkett
11. gut erhaltener Stuck
12. keine Nachtspeicherheizung
13. unbefristeter Mietvertrag
14. Stadtteile: St. Georg, Altona, Eimsbüttel, rund um die Alster, Neustadt, Altstadt.
15. Keine Drogen-, Prostituierten oder Autonome Szene
16. Evtl. anfallende Maklercourtage wird mit der Prämie verrechnet
17. Vermittlungsprämie wird bei Zustandekommen eines rechtsgültigen Mietvertrags bis 31.5.2003 in bar gezahlt.
18. Dieses Angebot ist befristet bis 31.5.2003.
19. V.i.s.d.P.: Dr. Karsten Brauch. Duschweg 13, 22769 Hamburg

Übernahmeoption: Traumhafte 2,5 Zimmer Wohnung in Altona (48,5m²) zur Miete (530,- zzgl. HK und BK)

Ansprechpartner: Marcus & Karsten
EMail: traumwohnung@gmx.com - Tel. 040 / [illegible]



Briefe an die Leser



Lieber Herr Dr. Karsten Brauch

wie wir Ihrem Aushang in der Vereinsstrasse entnehmen konnten, suchen Sie derzeit eine 4,5 Zimmer Wohnung im Schanzenviertel. "Fünftausend Euro Prämie", die Sie für die Vermittlung einer solchen anbieten, scheinen uns auch nicht übertrieben zu sein für einen Platz in der exclusiven Nachbarschaft unseres aufstrebenden Stadtteils.Also würden wir Ihnen daher gerne bei Ihrer Suche behilflich sein.

Bedauerlicherweise bestehen allerdings einige Unklarheiten in Bezug auf Ihre Bedingungen. Dass Sie, Herr Dr. Karsten Brauch, sich gerne mit "gut erhaltenem Stuck" und "Pitchpine-Boden oder Parkett" umgeben, versteht sich von selbst und sollte sowieso die Grundlage jeder ortsüblichen Ausstattung sein. Ihre Bedingung "Keine Drogen-, Prostituierten oder Autonome Szene" stellt uns aber, wie Sie wohl schon vermuten vor ein kleines Problem. Unsere wunderschöne 4,5 Zimmer Wohnung ist nämlich ortsüblich tatsächlich leider nur inklusive versiertem Hausdealer im Arzneischrank, Prostituiertenorganisation im Arbeitszimmer und RAF-Kommando im Keller zu vergeben. Es tut uns Leid, Ihnen mitteilen zu müssen, daß diese Ausstattung generell zum festen Inventar von 4,5 Zimmer Wohnungen in den einschlägigen Vierteln gehören.

Lieber Herr Dr. Karsten Brauch. Gerne würden wir Ihren nur allzu verständlichen Wünschen sogar mit baulichen Maßnahmen nachkommen. Aber zu unserem größten Bedauern müssen wir Ihnen leider mitteilen, das der Umbau zu einer Mietwohnung mit integriertem bürgernahem Beamten aus Bayern, Schnellrichter in der Diele und Kleingartenverein auf der Dachterrasse, leider laut Bebauungsplan ausgeschlossen ist. Um sie nicht ganz Obdachlos stehen zu lassen, können wir Ihnen aber auf Wunsch immerhin ein heimeliges 1,5 qm Volksgefängnis im Keller mit orginal 77er Art-Decor und exclusiver Trennkost anbieten. Zum Einzug gibt es als extra Bonus noch ein Polaroidfoto und eine aktuelle Tageszeitung gratis.

Das wir als Prämie dann allerdings eine Million in kleinen Scheinen und einen vollgetankten Jumbo mit Piloten verlangen müssen, das werden Sie, Herr Dr. Karsten Brauch sicher vollständig verstehen. Dies entspricht zwar sicherlich nicht in vollem Umfang Ihren formulierten Interessen, wäre aber immerhin schon mal ein Anfang. Bei Interesse Ihrerseits wenden Sie sich einfach an das nächstbeste dunkle Gesocks um die Ecke und erkundigen sich nach

ihrer Sie verehrende
Zeck Redaktion

Hallo Kriminaloberkommissarin Nicole Drawer,

nun haben wir schon seit Jahren nichts mehr von Dir gehört und gesehen. Tja, dann schlagen wir die Juliausgabe der Szene und die Mopo vom 23.Juni auf und lesen, dass Du Dein Erstlingswerk "Allein mit deinem Mörder" nach ruhelosem Schreiben jetzt endlich veröffentlichst. Ein Krimi über einen Serienmörder, der in Hamburg sein Unwesen treibt und der der Mopo-Redakteurin gut gefallen hat. O.k., Du bist ja nun auch seit 20 Jahren im Polizeidienst und als Beamtin beim LKA kennst Du Dein Metier selbstverständlich.
Aber ehrlich gestanden sind wir jetzt schon ein wenig enttäuscht, denn wir hatten fest mit dem schonungslosen Tatsachenbericht "Allein unter Autonomen" gerechnet. Schließlich hast Du doch während Deiner Zeit in der Roten Flora und bei der Hochschul-Antifa mit Deinem Kollegen eine Menge erlebt: Nachtwachen, Demonstrationen, top-konspirative Treffen und wöchentliche Diskussionen auf dem Plenum: hat das nicht geschockt? Auf du und du mit gewaltbereiten und zu allem entschlossen PolitchaotInnen - und das soll keinen Stoff für einen Bestseller abgeben? Oder bist Du der Flora etwa noch böse? Ja wir wissen, dass das nicht nett war, dass Dir hinterher spioniert wurde. Und natürlich war es erstmal reiner Zufall, dass Du mit Deinem Kumpel ausgerechnet neben dem Appartement gewohnt hast, aus dem Deine Polizeikollegin Christina Manz nach ihrer Enttarnung überstürzt ausgezogen ist. Aber so richtig war das nicht mehr zu klären, weil Du dann ja einfach weg geblieben bist. Die Geschichte mit dem kranken Vater in den USA, die Dein Kumpel dann erzählt hat, wurde eh' nicht geglaubt, erst recht nicht, als er dann selbst plötzlich vom Erdboden verschwunden war.Alte Geschichten, wissen wir.... Mal schauen, vielleicht sehen wir uns auf einer Deiner Lesungen, die Du bestimmt halten möchtest, dann reden wir noch mal drüber. Aber eins musst Du uns ganz doll versprechen: dass Du mit dem Flunkern aufhörst, denn dass Du mit Nachnamen Drawer heisst hat uns überrascht! Damals hast Du nämlich was ganz anderes erzählt - und wie soll denn aus Deinem Sohn ein rechtschaffender Mensch werden, wenn seine Mama in einer Tour andere anlügt?

Mit sorgenvollen Grüßen
Zeck-Redaktion

Moin Klaus-Martin K.,

jetzt hören wir, dass Du neuerdings gerne die Nachricht verbreitest, dass Du mit der Roten Flora total gut zurecht kommst. Wir sollen uns geradezu herzlich miteinander befreundet haben, GenossInnen von uns würden sogar demnächst auf Deiner Baustelle an den Riverkasematten mitarbeiten. Und überhaupt, wenn Du nicht wärst, dann gäbe es die Rote Flora schon lange nicht mehr, denn nur durch Deine schützenden Hände wird das Projekt vor der Schlechtigkeit der Politik geschützt.
Stutzig an der Geschichte macht uns, dass wir davon so gar nichts mitgekriegt haben. Und da fragen wir uns, Klaus-Martin Kretschmer: Nimmst Du etwa Drogen? Isst Du Pilze? Oder hat Dein Hausarzt Deine Lexotanil falsch dosiert? Denn das kann echt gefährlich werden! Schau, irgendwann glaubst Du Deine eigenen Fantasiegeschichten und rennst eines Tages ganz unbedarft in die Flora; und dann kriegste heftig auf die Schnauze, vielleicht nimmt gar Dein schwarzer Sportwagen (hast Du den eigentlich wirklich noch, wir haben schon länger nicht mehr nachgeschaut) Schaden. Und wenn Tamara dann bei Dir zu Hause in der Rothenbaumchaussee Dein zerschundenes Gesicht pflegen muss, wärst Du doch bitterlich enttäuscht über so viel Undankbarkeit...

Mit gutgemeinten Grüßen
Deine Zeck-Redaktion

Neue Broschüre der Karawane für die Rechte Flüchtlinge und MigrantInnen

Diese beschäftigt sich mit "den katastrophalen Folgen der neuen Zuwanderungsgesetze für Flüchtlinge in Deutschland". Spezielle Themen sind: Ausreisezentren, § 129b und Nachfluchtgründe
Sehr empfehlenswert und zu bestellen bei: Karawanegruppe Bremen unter Karawane_Bremen@web.de

Tuntenolympiade vor der Roten Flora

Am 13.6. fand die 1. internationale hamburger Tuntenolympiade statt. Sich klar gegen Schill, die aktuelle Senatspolitik und Rechtspopulismus positionierend hatten mehrere Tuntenschaften und ihr Publikum eine Menge Spaß. Trotz des Versuchs der Anmeldebehörden das Event zu verbieten, fand die Olympiade statt. Disziplinen wie Handtaschenweitwurf gegen Schill, Stoiber und Bush, Perlenkettenspringen in perfekter Eleganz und Lobesreden ohne Gott und Familie bereiteten allen Anwesenden einen Heiden-Spaß. Wir hoffen das sich dieses Ereignis auch im nächsten Jahr wiederholt, und das sich noch mehr Menschen daran beteiligen werden.



Gelöbnix in Hamburg

Am 17.6.2003 fand nach 26 Jahren zum ersten mal wieder ein öffentliches Gelöbnis statt. Wie in bereits bekannter Manier wurde die Innenstadt mit 3000 Schergen versucht systematisch abzusperren. Das Verbot in der



Innenstadt zu demonstrieren wurde erneut auf dem Klageweg bestätigt, wenn auch die endgültige Entscheidung des Bundesver-waltungsgerichtes bis heute nicht vorliegt. However, ca. 1800 Leute formierten sich um 18 Uhr zu einer Gegendemo. Die altbekannten Auflagen : keine Seitentranspis über 150cm, keine Verseilung, keine Vermummung und kein Hüpfen oder Rennen auf der Demo führten schon gleich zu Anfang zum ersten erzwungenen Stop. Die Schergen hatten ein Seitentranspi entdeckt das ihrer Norm nicht entsprach. Kurz später setzte sich die Demo erneut in Bewegung um schließlich vor der Kunsthalle erneut gestoppt zu werden. Hier wurde das Transpi schließlich beschlagnahmt. Es kam zu Rangeleien in deren Folge die Staatsbediensteten auch die Frontscheibe des Lautis smashten. Nachdem sich die Situation beruhigt hatte setzte sich die Demo fort. Allerdings wurde der Fahrer des Lautiwagens am Ende festgenommen da er auf eine Polizeikette zugefahren sein soll. Auch die Anlage wurde beschlagnahmt.

Die restlichen DemoteilnehmerInnen versuchten nun den Rathausmarkt zu erreichen. Einzelne Grüppchen hatten sich bereits im Vorfeld dort eingefunden. Als die Soldädle öffentlich geloben wollten, wurde dies von Gegensprechchören begleitet. Es kam zum Teil zu heftigen Auseinandersetzungen mit Polizei aber auch mit offensiven BürgerInnen. Als das Militärorchester aufspielte, wurde dies mit einem lauten Trillerpfeiffenkonzert und Ruftriaden von einer in der Nähe gelegenen Brücke aus begleitet. Das Rufen und Trillern stellte jedoch für die Staatsmacht schon ein so schwerwiegendes Delikt dar, das es zu etlichen Ingewahrsamnahmen führte. Der Versuch die Brücke im weiteren zu räumen, klappte nur bedingt. Bis zum Ende des Zapfensteichs wurde das Geschehen mit Sprechchören und Pfeiffkonzerten begleitet. Alles in allem läßt sich resümieren: Es beteiligten sich mehr am Widerstand gegen das Gelöbnis als erwartet, eine größere effektive Störung blieb jedoch aus. Teuer war es aber, dank des Bürgerblocks, mal wieder allemal.. Und nächstes Mal sind auch wir hoffentlich noch besser

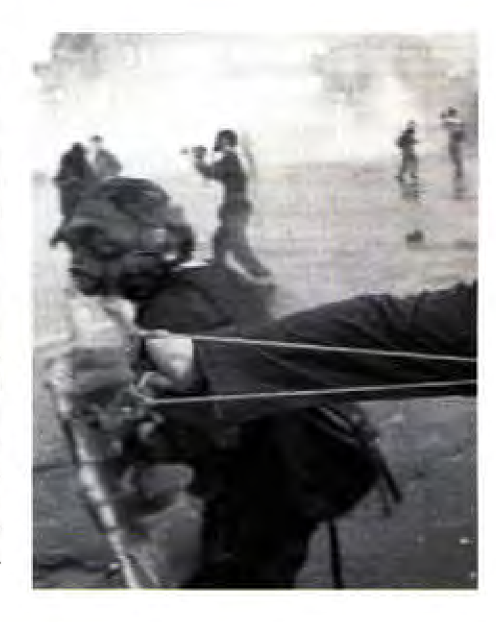
HH-City: Naziaufmärsche im Juli

Von bad-weathers -
Im Juli wollen Nazis zweimal in Hamburg auflaufen. Der Anlaß ist der Jahrestag der Bombardierung Hamburgs durch die Alliierten im Juli 1944. Die Angriffe der alliierten Luftwaffe waren ein wichtiger und notwendiger Beitrag zur Niederringung des national-sozialistischen Deutschlands.
Deutsche Täter sind keine Opfer!

Vorläufige Infos dazu (Stand 22.06 03)
Samstag 19.07. Nazidemonstration
Trauermarsch des NPD-Landesvorstands Hamburg
Treffpunkt der Nazis: 12 Uhr, S/U Bahnhof Berliner Tor
Ziel des Aufmarsches: wahrscheinlich Hamburg Zentrum
Ab 11.30 U-Bahnhof Berliner Tor Platzbesetzen und Nazis vertreiben. Bereits ab 10 Uhr Infopoint auf dem Hachmannplatz.
18 Uhr Antifa-Demonstration: Geschichte wird gemacht...! Treffpunkt Hopfenmarkt

Montag, 28.07 03, Nazikundgebung.
Treffpunkt der Nazis: 19.30 U-Bahnhof Mundsburg
Antifa Treffpunkt ab 19 Uhr U-Bahnhof Mundsburg

Mobilisierungsveranstaltung 17.07.
20 Uhr Rote Flora
Informiert euch weiter über die konkreten Aktionen z.B. unter www.nadir.org oder www.antifa-hamburg.com





Neues Mediengesetzt verabschiedet Offener Kanal abgesägt

In ihrer Sitzung am 26. Juni 2003 hat die Hamburgische Bürgerschaft das neue Hamburger Mediengesetz verabschiedet. Der Offene Kanal Hamburg wird seinen Radio- und Fernsehbetrieb zum 1. Juli einstellen, ab 2004 wird die neue Media School auf der bisherigen Frequenz des offenen Kanals einen "Ausbildungs- und Bürgerfunk" ausstrahlen. Außerdem wurde die Verpflichtung privater Rundfunkanbieter auf einen "Mindestwortbeitrag" aufgehoben. Mindestwortbeitrag bei privaten Radios ? Haben wir auch noch nicht gehört. Aber was solls: Im Sinne der Liberalisierung der Wirtschaft kann man auch gar nicht vorhandene Mindestwortbeiträge abschaffen.

Hafengeburtstag im Zeichen des Protests gegen die EU-Militarisierung

Wie bekannt wurde, sind im Rahmen des Hafengeburtstages am Samstag den 10.05. von einzelnen linken und linksradikalen Gruppen und Bündnissen unabhängig voneinander dezentrale Protest- und Störaktionen durchgeführt worden.

- An der Landungsbrücke wurde von der SDAJ eine Zwangsrekrutierungsmaßnahme durchgeführt, Informationen zur EU-Militarisierung und besonders zur Finanzierung derselben wurden den PassantInnen nahezu aufgedrängt. Es wurden Unterschriften für die Kampagne "Kein Cent für die EU-Armee" gesammelt, diese sollen beim anstehenden EU-Ratsgipfel in Thessaloniki übergeben werden.

- Vor der Fregatte "Bayern" hat ein weißbeoverallter Mob den Eingang für eine halbe Stunde lang belagert und stellenweise blockiert. Es wurden Flugblätter verteilt, in denen auf in Hamburg ansässige Rüstungsfirmen bzw.–lieferanten hingewiesen wurde (z.B. EADS, SAP,...) sowie weitere Maßnahmen des zivilen Ungehorsams gegen das geplante Rekrutengelöbnis am 16.6. auf dem Rathausmarkt angekündigt.

- Als Reaktion auf das Besichtigungsangebot der "Bayern" wurde auf dem "open ship" eine Stinkbombe hinterlegt. Da auf der Fregatte partout kein kuscheliges, saugfähiges Material zu finden war (nichts als blankes Metall), konnte die überlriechende Belästigung zwar leicht entsorgt werden, setzte aber doch eine spürbare Protest- und Geruchsnote. Die UrheberInnen wiesen aus gegebenen Anlass auf die Buttersäure-Bastelanleitung in "radikal" Heft Nr. 152 hin, erhältlich in gut sortierten Infoläden.

Aber bringen es denn solche Aktiönchen? Freilich: massenhafter Protest ist das nicht; nach dem Abklingen der Riesendemos gegen den Irak- Krieg wird sich die antikapitalistische Antikriegsbewegung wieder mit kleineren Brötchen bescheiden müssen. Doch dafür umso dringender Akzente setzen:

Die derzeitig geplante und vollzogene Ausweitung der bundesdeutschen Sicherheitspolitik im Rahmen der EU-Militarisierung wird nicht zuletzt mit der Ohnmacht der deutsch- französischen Anti-Kriegskoalition während des Irak-Krieges begründet. Die scheinbare Zerissenheit Europas hat die Formulierung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik – entgegen vieler Prognosen - nicht behindert, vielmehr hat sie ihr einen zusätzlichen Schub in Richtung einer gemeinsamen Militarisierung verliehen. Trotz Differenzen, die das kurz- und mittelfristige militärstrategische Verhältnis zu den USA und zur NATO betreffen, formiert sich diese eindeutig auch in Konkurrenz zu den USA. Denn Einigkeit besteht bei den Europäern spätestens in der Auffassung, nur militärische Gewicht könne auch den globalen politischen und ökonomischen Einfluss stärken. Die von den kerneuropäischen Strategen anvisierte Multipolarität kann und soll indes keine "Zivilisierung" der globalen Politik bringen, sie wird lediglich ein neues Wettrüsten zur Folge haben.

Die neuen verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr belegen dies: es findet eine Abkehr vom Hauptziel der Landesverteidigung und eine Ausrichtung auf weltweite "Krisenintervention" statt. Darüber hinaus wird unter Zuhilfenahme der gängigen Formel der Terrorismusabwehr auch erstmalig der militärische Einsatz der Bundeswehr im Inneren erwogen. Der Wehretat wird seit Jahren wieder aufgestockt.
Die Formel Schröders und Fischers: Aufrüstung im EU- Rahmen als logische Konsequenz ihrer erfolgslosen Antikriegsgeste scheint in der Öffentlichkeit bisher erstaunlich unwidersprochen durchzugehen. Diese paradoxe Formel verknüpft erfolgreich das moralisch empörte Aufjaulen der bürgerlichen Friedensbewegung mit deutschnational-antiamerikanischen Reflexen sowie Euro-Zivilisationchauvinismus.

Diese Formel anzugreifen ist nicht nur Gebot der politischen Vernunft, es ist derzeit auch realistisch umsetzbar. Auch wenn uns in der derzeitigen Lage weniger Publicity zuteil wird: Indem die notwendige propagandistische Begleitmusik gestört wird, ist es aufgrund der während des Irak- Krieges gewachsenen Sensibilität derzeit noch möglich, den deutschen Regierungspazifismus als verlogen und heuchlerisch zu deligimitieren. Auf diese Weise ist es zu schaffen, den deutschen bzw. den EU- Militarismus als logische Konsequenz globaler kapitalistischer Konkurrenz darzustellen. Das Interesse an den Reden und Flugblättern war während der Aktionen beim Hafengeburtstag noch relativ groß, Zustimmung und Ablehnung hielten sich etwa die Waage; immerhin erstaunlich aus einer Position der nicht gerade erfolgsverwöhnten Systemopposition.

Daran lässt sich anknüpfen: Die Verhinderung des öffentlichen Rekrutengelöbnisses fängt bereits im Vorfeld an.



Oberster Gerichtshof der Niederlande entscheidet, dass Juanra an Spanien ausgeliefert werden darf

Am 20. Mai hat der Oberste Gerichtshof entschieden, dass Juanra an Spanien ausgeliefert werden darf. Juanra läuft als Aktivist in Spanien ernsthaft das Risiko gefoltert zu werden und hat dort jetzt keine Chance auf einen fairen Prozess.
Am 16. Januar 2002 wurde Juanra in Amsterdam festgenommen. In Spanien wurde er verdächtigt, Informationen an eine ETA-Zelle gegeben zu haben. Seitdem sitzt er - mit einer Unterbrechung von einigen Monaten - im Gefängnis im niederländischen Vught.
Juanra (36) war in verschiedenen sozialen Bewegungen in Barcelona aktiv. Er trat regelmäßig als Pressesprecher der BesetzerInnenbewegung in Barcelona auf und er ist der Sänger der beliebten politischen Metal-Band KOP. Eine öffentliche Person, die aus ihrer Kritik an der brutalen Repression Spaniens gegen die baskische Unabhängigkeitsbewegung keinen Hehl machte.
In Spanien findet zur Zeit eine Hexenjagd gegen alle statt, die grundsätzliche Kritik an der Regierung haben. Ob es nun um AntiglobalistInnen, die Autonomie-Bewegung im Baskenland oder GegnerInnen des Krieges im Irak geht, hinter der Maske des ‚Krieges gegen den Terrorismus' werden BürgerInnenrechte vom Tisch gefegt und enorme Repression ausgeübt

In einem Beitrag zum internationalen Aktionstag am 8. Juni 2002 für seine Freilassung schrieb Juanra aus dem Knast in Vught: "In diesem großartigen Europa, das vom Kapital angeordnet, im Entstehen ist, will mensch unsere Leben, unsere Gedanken und selbst unsere Gefühle globalisieren. Und darum wird ein Entwurf verbreitet von einer einzigen Wahrheit, einem einzigen zu folgenden Modell und einer einzigen Welt, in der mensch schweigend leben und sterben muß. All diejenigen, die eine Alternative zu diesem Einheitswurstdenken suchen, werden ein Teil der sogenannten Achse des Bösen sein. Trotzdem ist es in diesem großartigen polizeilichen Europa legal, daß die uniformierte Macht dir eine Kugel in den Kopf jagt, wenn du gegen die Politik der G-8 oder der Europäischen Union demonstrierst (...) Und wir, die diesen Gesetzen nicht gehorchen, die ins Leben gerufen werden, damit die Macht in den Händen derjenigen bleibt, die schon immer die Macht haben, werden kriminalisiert und in das Gefängnis geschmissen. Keine einzige kritische Stimme darf diese Scheinharmonie stören, die durch die Neue Weltordnung ins Leben gerufen wurde. Es scheint weder viele Möglichkeiten zu geben, noch Wege für uns offen zu bleiben, die wir uns entschlossen haben, nicht in diesem NICHTS zu ertrinken, welches uns homogenisiert und in Vakuum verpackt, um unsere Stimmen zum Schweigen zu bringen. Der Widerstand und das ‚Anders denken' waren, sind und werden der meine, der unsere und der all derjenigen sein, die glauben, daß jetzt und für immer, sich zu widersetzen gewinnen bedeutet."

Weitere Infos unter: www.freejuanra.org



Dokumentation: SCHLUSS MIT DEM SCHMUSEKURS

wir haben am samstag, 25.5. beim arbeitsamt kiel die fensterfront ins wanken gebrAcht!!
die zukunft der arbeit im kapitalismus heißt verschärfte konkurrenz, arbeitslosigkeit, rezession und, agenda 2010 sei dank, massenhaft menschen auf einem abgesenkten sozialhilfeniveau
eine modernisierte tagelöhnerstruktur mit prekären arbeitsverhältnissen
die abschaffung der tarif-, sozial-, und rentensysteme nach dem motto „maschen statt netze"
demgegenüber setzen wir auf ein solidarisches miteinander zur überwindung der uns beherrschenden verhältnisse.

vorwärts mit der selbstorganisierung von unten
arbeitsämter angreifen
die regierung stürzen
schweinesystem zerkloppen
dgb-jugend mf

aus dem Postfach

Dokumentation FEUER UND FLAMME FÜR FASCHISTEN

"Espresso auf leeren Magen"

Interview mit der "Antifaschistischen Bürgerinitiative", die im April dieses Jahres das geplante Schulungs- und Veranstaltungszentrum "Schloss Trebnitz" des Neonazis Steffen Hupka schwer beschädigt hat.

Frage: Erklärt doch bitte, was euch dazu gebracht hat, das Haus von Hupka mit militanten Mitteln anzugehen?

Antwort: Naja, die sogenannten zivilgesellschaftlichen Mittel wie sie von Initiativen wie "Aktion Courage", den "Mobilen Beratungsteam" und vielen anderen mehr, umgesetzt werden, reichen nicht, um die Neonazistrukturen ins gesellschaftliche Aus zu stellen. Zumal diese Massnahmen vom permanenten staatlichen und institutionellen Rassismus konterkariert werden.

Frage: So weit so gut, aber das beantwortet nicht meine Frage

Antwort: Das stimmt, aber bitte gedulde dich noch kurz, ich will hier mal ein wenig ausholen. Auch wenn du dich fragst, was hat das damit zu tun: wir sind froh, dass das NPD-Verbot gescheitert ist. Zum einen war an dem Prozeß zu sehen, wie eng verwoben der Staat durch seine V-Leute mit der NPD ist. Wir wollen jetzt keine Verschwörungstheorie aufmachen, aber

das Aufklärungsinteresse ist durchaus gepaart mit dem Abschreckungsinteresse des Staates gegen über den sogenannten "Flüchtlings- und Migranten-Strömen", vor ein paar Jahren hiess es sogar noch "Fluten". Der Staat könnte mehr gesellschaftliche Instrumentarien einrichten, um die Neonazis politisch zu bekämpfen, aber das ist eben nur bedingt gewollt.
Diese Neonazistrukturen – sei es die NPD plus Umfeld, seien es die Rechtsradikalen um die freien Kameradschaften – sind nicht das Hauptproblem in unserer Gesellschaft.
Frage: Also, jetzt versteh ich gar nichts mehr. Warum macht ihr dann sowas?
Antwort: Denn sie wirken und unterstützen, zusammen mit so einem Rechtspopulismus wie zum, Beispiel von Schill ausgehend, den rassistischen Unterbau, der in der deutschen Gesellschaft sehr breit existiert.

Zudem geht gerade von den freien Kameradschaften, wie sie ja unter anderem Steffen Hupka vertritt, eine Gefahr und eine Anziehung aus, die den sogenannten Stiefelrassismus befördert. Dieser Stiefelrassismus bedroht, demütigt, verletzt und tötet fast täglich Menschen anderer Hautfarbe, anderer Gesinnung oder die behindert oder einfach "nur" arm und obdachlos sind.
Mit solchen Zentren, wie sie Hupka in seinem Schloss in Trebnitz aufbauen will, setzt er seine Schwerpunkte die da heissen: national befreite Zonen schaffen durch Häuserkauf und Bildung von Zentren, sowie Ausbildung von qulifizierten Kadern.

Frage: Ok, ich versteh jetzt worauf ihr hinaus wollt Antwort: Tja, dies muss halt verhindert werden. Denn wir kennen den Effekt doch auch, überall da wo es linke selbstverwaltete Jugendzentren oder autonome Zentren gibt, entwickelt sich eher eine linke Kultur, die die rechte zurückdrängt.
Und wenn Dörfer oder Regionen, in denen solche rechten Zentren entstehen, nicht mit Zivilcourage in der Lage sind oder sogar gar nicht wollen, diese Zentren zu verhindern, muss dies eben mit anderen Mitteln geschehen.

Frage: Gutes Stichwort, wie genau sahen denn eure Mittel aus? Wie habt ihr den Anschlag eigentlich gemacht?

Antwort: Ach, das war letztlich gar nicht so schwer. Da wir nicht wussten, wo genau die Stromversorgung im Haus ist, haben wir was mit eigener Stromversorgung gemacht. Die Zutaten sind alle sehr einfach zu bekommen. Für jeweils einen Brandsatz mit Zünder wird eine 12-Voltbatterie, einen Campingtauchsieder für den Zigarettenzünder im Auto, zwei 4-Literflaschen aus Plastik, eine 1-Literflasche aus Plastik und dazu noch den ausgeschnittenen Boden (so ungefähr 8-10 cm) einer 1-Literflasche aus Plastik. Weiter wird eine Küchen-Eieruhr, ein Kippschalter, Kupfer-Stromkabel (massiv und nicht mit mehreren Adern!) Pattex und Baukleber.

Bei den Batterien sollte aufgepassst werden, dass mögliche Seriennummern, rausgemacht werden. Mit einem Lötkolben geht das ganz gut.
Und dann wird das fogendermassen zusammen gebaut.
An der Küchenuhr, das sollte eine ganz einfache zum drehen sein, muss man einen Draht so am Drehschalter anbringen, dass er über das Gehäuse drüber weg steht und einen zweiten Draht am Gehäuse, auf den sich der Draht vom Drehschalter bewegt. Wenn es klingelt müssen sich die Drähte berühren. In einen der Drähte wird dann der Kippschalter eingebaut und auf AUS gestellt. Der ist die Sicherung dafür, dass kein Strom fliessen kann, wenn keiner fliessen soll.
So, nun wird am einen Ende der beiden Drähte der Campingtauchsieder angeschlossen und die andren Enden kommen an die Batterie. Die Küchenuhr wird am besten mit dem Baukleber auf die Batterie geklebt, damit sie nicht mehr rumfliegen kann.
Fertig ist der Zünder

Frage: Ja und wie soll das nun brennen?

Antwort: Ein wenig Geduld. Die Brandsätze werden nun aus den Plastikflaschen gemacht. Die beiden 4-Literflaschen und die 1-Literflasche werden mit Benzin gefüllt. Damit das schön fies klebrig wird, kommt da dann jeweils eine Tube Pattex rein. Aber vorsicht, das Gemisch löst die Flasche auf. Die sollten auf keinen Fall länger als eine Tag lagern.
Im Objekt wird dann eine nette Stelle gesucht. Dachstühle und Holztreppen sind ganz prima. Und hier kommt dann der abgeschnittene Flaschenboden zum Einsatz. Der wird 3-4 cm hoch mit Benzin gefüllt und der Tauchsieder reingestellt. Direkt daneben wird die 1-Literflasche gelegt und die beiden 4-Literflaschen gestellt. Nun wird die Küchenuhr auf die benötigte Zeit, die zum abhauen gebraucht wir eingestellt und der Sicherungsschalter auf AN. Den Rest macht dann die Zeit.

Frage: Ihr habt das mit einem Brandsatz gemacht?

Antwort: Nee, um sicher zu gehen, dass das auch ein ordentlicher Schaden wird, beim Brand und dann durch das Löschwasser, haben wir zwei von den Dingern platziert.

Frage: Tja, nun wurde eure Aktion ja fast komplett totgeschwiegen. Die Öffentlichkeit, die euch ja auch wichtig ist, hat sie kaum wahrgenommen. Abgesehen von den Dorfbewohnern, die mehrere Stunden das Feuer betrachten konnten.

Antwort: Ja, dass scheint die Strategie der Polizei und der bürgerlichen Medien zu sein. Obwohl wir unser Schreiben, in dem wir erklärt haben, warum wir die Aktion gemacht haben, an diverse Medien geschickt haben, ist nirgends aus diesem Schreiben zitiert worden. Geschweige denn überhaupt erwähnt worden.
Frage: Mal abgesehen vom Szeneblatt Interim aus Berlin

Antwort: Also entweder fängt die Polizei alles ab und / oder die Medien veröffentlichen nichts, weil sie selbst eine Zensur auferlegen oder Weisungen der Polizei folgen.
Gleichzeitig wird das Ganze scheinbar auch von Neonazis selbst aus verschiedenen Gründen runtergekocht. Wir reagieren darauf flexibel und geben euch dieses Interview.

Frage: Ein Credo militanten Widerstandes war immer "das Salz in der Suppe" zu sein, sprich verlängerter Arm eines bereits existierenden sozialen Widerstandes. Ganz konkret die Frage an euch, wo bitte schön ist denn eure militante Politik "embedded", wenn eine antifaschistische "Bewegung" so gut wie gar nicht vorhanden scheint?

Antwort: Ja logo, grundsätzlich habt ihr Recht, eine breite antifaschistische Bewegung ist momentan nicht real. Dabei darf aber nicht vergessen werden, wie wichtig und auch erfolgreich gerade regionale und lokale Gruppen und Bündnisse sind. Wir sehen uns dazu als sinnvolle und notwendige Ergänzung. Unsere Aktion ist jedoch nicht nur symbolisch und propagandistisch zu verstehen, sondern soll auch Nazizentren in ihrer Arbeitsweise und Funktion behindern oder zumindest für eine Weile Verunmöglichen. Und, nachdem was wir wissen, ist uns das wohl gelungen.

Frage: Warum eigentlich erst jetzt?

Antwort: Stimmt, das Haus und das was Hupka damit vorhatte war schon lange bekannt. Nur, da sich in dem Dorf und der Region nichts an Widerstand geregt hat, fanden wir es höchste Zeit, dass etwas passiert. Wir wussten, dass Hupka und seine Leute noch am ausbauen des Hauses waren, es also eine Baustelle war. Dadurch war das Gebäude relativ einfach zu betreten. Später wäre es kaum mehr möglich gewesen, denn dann wären dort Tag und Nacht Leute anwesend, die wir nicht gefährden wollten. Wir mussten also abwägen zwischen "Salz in der Suppe" also Militanz als Verlängerung einer Bewgung wie ihr das ja nennt, oder, na sagen wir mal "Espresso auf leeren Magen". Wir haben uns entschieden für die konkrete Aktion mit konkretem Schaden für die Nazis ohne dass es gerade eine breite antifaschistische Bewegung gibt. Ziel war es unter anderem auch, zu zeigen, dass Widerstand nicht nur symbolisch, sondern auch Ergebnisse vorweisen kann. Dadurch sollen auch andere Gruppen ermutigt werden Widerstand, in welcher Form auch immer, zu leisten. Unser Widerstand, der wird weiter leben. Für Bunt statt Braun!
Einen schönen Tag noch.

aus dem Postfach

Schwerpunkt: Stadtentwicklung



Der Anlass unseres Heftschwerpunktes zur Stadtentwicklungspolitik Hamburgs trägt der Tatsache Rechnung, dass es in dieser Stadt eine Zäsur gegeben hat. Nachdem in den letzten 20 Jahren die Planungen zur Westlichen Inneren Stadt (kurz: WIS) zentraler Bezugspunkt der strategischen Planungen in Wirtschafts- und Baubehörde waren, ist dieses Konzept nunmehr ersetzt worden durch das der "Wachsenden Stadt". Jetzt soll auf einem zur Zeit noch öden Hafenareal ein neuer Stadtteil aus dem Boden gestampft werden innerhalb der nächsten 20 Jahre. Diese bisher nur auf dem Reissbrett existente neue "Hafencity" soll Hamburgs Wettbewerbsfähigkeit im Konkurrenzkampf der internationalen Metropolen auch zukünftig sichern.

Der folgende Beitrag "Wir bauen uns eine Metropole" beleuchtet die Veränderungen der stadtentwicklungspolitischen Konzepte, die insbesondere unter dem Schwarz-Schill-Senat eine Verschärfung jener Politik verfolgt, die sich nach den Bedürfnissen des "ökonomisch verwertbaren Humankapitals" orientiert und alle anderen Menschen als unerwünschte Störung urbaner Erlebnisräume ausschließt. Die weiteren Beiträge beleuchten unter verschiedenen Aspekten die planerischen Rahmenbedingungen zur Hafencity als Element einer zukünftig geteilten Stadt. Denn die Planung der Hafencity ist eine gigantische, völlig auf die Bedürfnisse der Privatinvestoren zugeschnitte "gated community" - die geplanten Projekte, die Wohnen, Arbeiten und Freizeitbedürfnisse der künftigen BewohnerInnen vereinen sollen, sind an den finanziellen Möglichkeiten gehobener Einkommen ausgerichtet.
Gleichzeitig zeigt diese Neuorientierung, dass die WIS in den Planungen eigentlich bereits abgewickelt ist. Unter Federführung der Stadterneuerungsgesellschaft (STEG) wurde seit 1990 erfolgreich die Modernisierung von Ottensen, St.Pauli und Eimsbüttel-Süd vorangetrieben und als attraktiver innenstadtnaher Gewerbestandort und Teil urbaner Lifestyleinszenierung aufgewertet. Ist die STEG anfangs noch mit dem Anspruch der Umsetzung betroffenenorientierter, behutsamer Stadterneuerung angetreten, ist dieser nie ernsthaft verfolgte Ansatz schon lange in den Hintergrund getreten.

Schrittmacher für die Aufwertung der WIS waren dabei immer das Schanzen- und Karolinenviertel. Durch Projekte wie den Schlachthof mit seinem Existenz-gründerangebot, insbesondere aber durch die Tätigkeit eines STEG-Pendants, der HaGG, die sich von vorneherein auf den Gewerbesektor spezialisiert hat, wurde offensiv die Zurichtung wichtiger Quartiere für die in den neunziger Jahren umworbene Branche der Neuen Medien vorangetrieben. Diese Entwicklung ist mittlerweile zum zweifelhaften Erfolg gebracht worden, zumindest bezogen auf das Schanzenviertel. Die Veränderung im Straßenbild sind ebenso unübersehbar, wie die lange vorhergesagten Verdrängungseffekte auf dem Wohnungs- und Gewerbemarkt. Die Vermarktung von Eigentumswohnung in der Schanze, nunmehr letzte Etappe des laufendenen Umstrukturierungsprozesses wird endgültig den Stadtteil zur beliebigen Kulisse der aufstiegsorientierten Mittelschichten degradieren. Allein die in der Schanze noch sichtbaren sozialen Widersprüche trüben die Erfolgsbilanz. Doch mit den massiven Polizeieinsätzen der letzten Jahren, einer Sauberkeitskampagne und der geplanten Verlagerung des Fixsterns soll auch hier Boden gut gemacht werden. Da wird dann die Rote Flora als letzter symbolischer Verweis auf das alternative Flair des Stadtteils schon fast zum schutzwürdigen folkloristischen Ensemble der letzten noch frei lebenden Autonomen.

Die politische Auseinandersetzung um die Umstrukturierungspolitik in den letzten Jahren hat in der Szene immerhin zu Einsichten geführt, die sich von den anfänglichen idyllischen Vorstellung eines "Schutzes unserer Viertel" zum Glück verabschiedet hat. Gleichzeitig ist die Sensibilisierung für die Zusammenhänge zwischen Stadtentwicklungspolitik und gesellschaftlichen Ordnungs- und Disziplinierungsstrategien gewachsen.

Dabei gilt insbesondere im Zusammenhang mit der vorläufig gescheiterten Olympiabewerbung, dass Stadtentwicklungspolitik auch in Zukunft das Instrument der Verwertung des städtischen Raumes bleibt und zugleich auch Schrittmacher über die Frage erwünschter und nicht erwünschter Teilhabe am öffentlichen Raum darstellt. Und diese Verwertungsbemühungen berühren unter dem Vorzeichen der neoliberalen Formierung die Frage "Wem gehört die Stadt?" Die Antwort sollten "wir" auch in Zukunft nicht den Herrschenden überlassen.

Wir bauen uns eine Metropole

Über wachsende Städte, Asphaltpisten und das Comeback des Gartenzwergs
Über die Gemeinde Rosengarten, Toronto und Hamburg

Seit mittlerweile anderthalb Jahren regiert in Hamburg die berüchtigte Koalition aus CDU, FDP und Schill-Partei. Die Auswirkungen des Regierungswechsels 2001 wurden in verschiedenen Zusammenhängen und aus unterschiedlichen thematischen Perspektiven diskutiert. Auch aus der Sicht der Stadtentwicklung. Häufig kristallisierte sich diese Diskussion jedoch um jeweils aktuelle Konflikte (Messerweiterung, Olympia, Gentrification oder Bambule), die es in einen Kontext zu stellen galt. Dabei wurde häufig außer Acht gelassen, dass diese Konflikte Ausdruck einer veränderten Gesellschafts- und Stadtvorstellung sind, die mit dem Regierungswechsel einen neuen Impuls bekommen hat. Dieser Wandel soll in diesem Beitrag anhand der drei stadtplanerischen Handlungsfelder Stadtentwicklung, Verkehrsplanung sowie BürgerInnenbeteiligung/Quartiersentwicklung beschrieben werden.

In der Geschichte waren lokale Machtkämpfe, wie der Aufstieg des Bürgertums im Mittelalter, immer mit dem Kampf um stadtplanerische Handlungskompetenzen verknüpft. Stadtplanung ist (nicht nur?) wegen ihres maßgeblichen Beitrags zur städtischen Ressourcenverteilung eng mit lokalen Machtverhältnissen verbunden. Diese Verknüpfung setzt sich auf institutioneller und legitimatorischer Ebene in Planungsprozessen fort. (vgl. Schlesky 1969; Offe 1972)
Im wissenschaftlichen Planungsdiskurs wird Planung mit der "Anwendung von rationalen Methoden auf die Aufgabe der Formulierung von gesellschaftlichen Zielen und deren Übersetzung in konkrete Aktionsprogramme [gleichgesetzt]. Sie ist somit ein Teil des gesellschaftlichen Steuerungsprozesses." (Faludi 1969) Folglich drückt sich in der Stadtplanung eine gesellschaftspolitische Konzeption aus. "Dies setzt voraus, dass sowohl ein Bild der bestehenden Gesellschaft als auch Vorstellungen über die Art, in der die Gesellschaft durch Planung verändert werden soll, entwickelt werden." (Bechman 1981: 47) In diesem gesamtgesellschaftlichen Planungsanspruch klingt bereits der integrative, themen- und disziplinenübergreifende Charakter stadtplanerischer Handlungskonzepte an, der auch den folgenden Beispielen innewohnt. (vgl. zum Wandel im Planungsverständnis: Albers 1993)

Oh shit! They've got a masterplan! Hamburger Stadtentwicklung im Wandel

In der Stadtentwicklung steht den PlanerInnen und PolitikerInnen eine Vielzahl von Instrumenten zur Verfügung. Unter ihnen nehmen informelle Planungsinstrumente wie Regionale oder Stadtentwicklungskonzepte, Masterpläne oder auch allgemeine Handlungskonzepte wie jenes zur Wachsenden Stadt eine wichtige, weil oft richtungsweisende, Stellung ein. In ihnen wird die Ausgangslage und deren erwartete Entwicklung analysiert. Es werden Ziele formuliert, Leitbilder entwickel und diese schließlich in Handlungskonzepte übersetzt. Sowohl das Stadtentwicklungskonzept von 1996 als auch das "Leitbild: Metropole Hamburg - Wachsende Stadt" des jetzigen Senates stellen als leitende Handlungskonzepte den Überbau für weitere Planungen (wie soziale Stadtentwicklung, Wohn- und Gewerbeflächenentwicklung, Freiraum- und Verkehrsplanung) dar.

Ganz rot-grün erhebt das Stadtentwicklungskonzept von 1996 den Anspruch einer sorgfältigen Abwägung von Entwicklungschancen und Risiken, sich "um ein verträgliches Gleichgewicht zu bemühen, ein Gleichgewicht, das nicht statisch sein kann, sondern dynamisch sein muß, ein Gleichgewicht von Wachstum und Integration, von wirtschaftlicher Stärke und sozialem Ausgleich, von Urbanität und natürlich erhaltener Landschaft, von Weltoffenheit und eigener Identität, von der Fähigkeit zum Wandel und dem Anknüpfen an gute Traditionen." (FHH 1996: 23)
Ebenso rot-grün waren auch die Handlungsansätze: Flächenschonende Siedlungsentwicklung, Innenentwicklung und Nutzungsmischung sollten eine ressourcenschonende Stadt der kurzen Wege schaffen. Die Ausweisung von neuen Hafen- und Gewerbeflächen, Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und Ansiedlung von neuen Unternehmen aber auch Ausbildung, weiche Standortfaktoren und die Förderung der lokalen (Stadtteil-)Ökonomie sollten der Stadt unter den Bedingungen wirtschaftlichen Strukturwandels zu Wohlstand und Arbeitsplätzen verhelfen. Sozialer Wohnungsbau, soziale Stadterneuerung, integrierte Quartiersentwicklung und BürgerInnenbeteiligung sollten die Stadtteile zu harmonischen Lebensräumen des sozialen Ausgleichs entwickeln.
Aber auch unter dem vergangenen Senat war aus planerischer Perspektive nicht alles Friede, Freude Eierkuchen. Und das lag nicht zuletzt an der Widersprüchlichkeit der eigenen Projekte. Großprojekte zur Förderung des Wirtschaftsstandortes, wie den Ausbau des Airbus-Werkes ins Mühlenberger Loch oder der Containerterminal Altenwerder zerstörten nicht nur Stadtteile und Naturräume. Sie bedeuteten für den städtischen Haushalt unnötige Belastungen, die dann bevorzugt durch Einsparungen im sozialen Bereich kompensiert werden mussten. Die in ihnen geschürten Erwartungen nach Arbeitplätze für alle müssen jedoch enttäuscht werden, weil sie entweder nahezu ohne Beschäftigte auskommen oder





die Firmen das dafür benötigte hochqualifizierte Personal selber mitbringen. Das große Aushängeschild Hamburger Stadtentwicklung, die Hafencity, wurde vom vergangenen Senat zum exklusiven Wohn- und Arbeitsort gekürt, weil durch die Grundstücksverkäufe die schweren Investitionen in Altenwerder ausgeglichen werden sollten. Wie später in einem eigenen Abschnitt dargestellt wird, findet sich diese Widersprüchlichkeit auch in der Quartiersentwicklung wieder.

Nach der Wahl erfuhr die Hamburger Stadtentwicklung eine programmatische Neuausrichtung. In dem Konzept "Leitbild: Metropole Hamburg – Wachsende Stadt" des schwarz-gelb-schill Senats ist nicht mehr von einer sorgfältigen Abwägung die Rede. Das dynamische Gleichgewicht hat endlich ein Ende! Das Konzept beschreibt die Antwort rechts-konservativer Regierungen auf den globalen Standortwettbewerb einerseits und die Entwicklungskonflikte mit den Umlandgemeinden um Arbeitsplätze und einkommensstarke Bevölkerungsgruppen.
"Ziel ist es, Hamburg durch einen Entwicklungsschub wieder zu einer wachsenden und pulsierenden Metropole mit internationaler Ausstrahlung zu entwickeln. Dabei darf sich Hamburg nicht auf seiner Spitzenstellung im innerdeutschen Vergleich ausruhen. Dynamische Metropolen wie Kopenhagen und Barcelona, Wien oder auch Seattle und Toronto sind der Maßstab, an dem sich die Hansestadt messen lassen muss." (FHH 2002: 1) Das entsprechende querschnittsorientierte Konzept "Wachsende Stadt" sieht Maßnahmen zur Steigerung der Einwohnerzahl, Beschäftigung- und Wirtschaftswachstums, der internationalen Ausstrahlung und dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur vor. Die dahinter steckende Rechnung ist ganz einfach, und es lohnt sich eine Lektüre: JedeR zusätzliche EinwohnerIn bedeutet für die Stadt unabhängig vom Einkommen zusätzliche Einnahmen (Steuer und Länderfinanzausgleich) von ca. 3.000 Euro im Jahr. Um aber den Gewinn für die Stadt zu maximieren, muss Hamburg ebenfalls die Ausgabenseite im Auge behalten: EinwohnerInnen verursachen auch Kosten – manche allerdings mehr als andere. Für jedeN zusätzlicheN EinwohnerIn geht der Senat von jährlich 1.700 Euro im Bereich Kinder, Jugend, Schule, 240 Euro im Bereich Soziales und 370 Euro im Bereich Hochschule aus. Die Gesamtbilanz macht also pro Nase einen Gewinn von 670 Euro aus oder noch mehr, wenn "die mit dem Wachstum verbundenen Mehrausgaben durch Umschichtungen [z.B. aus dem Sozialbereich] finanziert werden". (FHH 2002: 11) Zusätzlich wird eine jährliche Haushaltsentlastungen von 25 Mio. Euro durch das in der Wachsenden Stadt um 0,25 Prozentpunkte gesteigerte Wirtschaftswachstum angenommen. (FHH 2002: 10ff)
Die städtische Kalkulation ist nicht nur zynisch, weil die Ziele über die zukünftige Entwicklung der Stadt einer rein ökonomischen Rechnung entspringen. Sie dehnt vor allem die schon vorn vorherigen Regierungen aufgemachte Schere von nützlichen und "unnützen" Menschen auf weitere Bevölkerungsgruppen aus: So sind "junge und kreative Menschen [..] – neben jungen Familien mit Kindern – eine wichtige Zielgruppe." (FHH 2002: 11) Demgegenüber ist aufgrund der "zielgruppenorientierten Strategie [...] von einem unterdurchschnittlichen Anteil dieser Personengruppen (die Rede ist von EmpfängerInnen sozialer Leistungen) an den Zuziehenden auszugehen". (FHH 2002: 11) Konsequenterweise werden nahezu alle Politikfelder den Aspekten Wirtschaftsförderung und Einwohnerentwicklung untergeordnet. Sozialpolitik ist Familienpolitik, die Hamburgs Attraktivität für SteuerzahlerInnen erhöht. Schulpolitik bildet die Kinder der Führungskräfte zu den Führungskräften von morgen – bilinguale Schulen sind daher für die Sprachen wirtschaftsstarker Länder und nicht für Menschen türkischer Sprache vorgesehen. Die Stadtentwicklung weist neue Flächen für Gewerbe- und Wohnungsbau aus und nutzt dabei Großprojekte wie die Hafencity als elitäres, urbanes Hafenquartier für den/die GroßstädterIn von morgen, deren Entwicklung nun forciert wird. Mit den zwei Tranchen neuer Bebauungsgebiete bricht die Stadtentwicklung unter dem neuen Senat mit dem bisher geltenden Vorrang der Innenentwicklung vor der Bebauung neuer Flächen am Stadtrand. Um die Steuereinnahmen zu erhöhen richtet sich das Wohnungsangebot aber auch hier eher an die gut betuchten. Sie sollen eben nicht in die Gemeinde Rosengarten südlich von Harburg, sondern bitte in ihr Einfamilienhaus innerhalb der Stadtgrenzen ziehen.
Die qualitative Neuausrichtung der Stadtentwicklung wird durch symbolkräftige Maßnahmen begleitet, denn: "Die Entwicklung Hamburgs zu einer pulsierenden Metropole mit internationaler Ausstrahlung setzt eine deutliche Steigerung der internationalen Attraktivität und Bekanntheit Hamburgs voraus." (FHH 2002: 24) Dazu sollten kulturelle Großveranstaltungen wie die Olympischen Sommerspiele 2012 oder die Internationale Gartenschau 2013 in Wilhelmsburg Hamburgs "Strahlkraft ausbauen und die Unverwechselbarkeit des Standortes zu einem internationalem Markenzeichen entwickeln. [... Events sollen] das Image Hamburgs als weltof-

fene und tolerante Stadt stärken". (FHH 2002: 24)
Die Planung einer weiteren Elbvertiefung, sowie eine vorzeitige Genehmigung der Airbus-Werkserweiterungen in das EU Fauna-Flora-Habitat Mühlenberger Loch lassen sich als weitere symbolische Projekte anführen. Ihnen ist gemein, dass ein Eintreten des versprochenen Erfolges bei hohen Projekt- und Folgekosten umstritten ist. Ungeachtet ihres Erfolges suggerieren solche Projekte eine Handlungsbereitschaft der Regierenden für Arbeitsplätze und Wohlstand.

Die Hauptstadt der überfahrenen Kinder
Verkehrspolitik

Ging es dem rot-grünen Senat noch um einen Ausbau von ÖPNV, Fuß- und Radwegen im Rahmen des Leitbilds der "Stadt der kurzen Wege", die Anbindung des Flughafens an das überregionale Straßennetz sowie eine Beschränkung des Lkw- und Pkw-Verkehrs in Wohngebieten, wurde unmittelbar nach der Wahl der Ausbau und die Förderung des Umweltverbundes zugunsten einer autoorientierten Verkehrspolitik aufgegeben. Dieser Umorientierung wurde vor allem kurzfristig durch verschiedene symbolische Maßnahmen Ausdruck verliehen:
Zentrales Beispiel dieser Phase war die Verkehrsänderung in der Stresemannstraße. Nachdem auf dieser vielbefahrenen innerstädtischen Hauptverkehrsstraße 1991 vier Kinder tödlich verunglückten, wurden unter dem vergangenen Senat in einem etwa zwei km langen Abschnitt zwei der vier Fahrspuren für den Auto- und Schwerlastverkehr gesperrt und zu Busspuren umgewandelt sowie eine Geschwindigkeitsbeschränkung von 30 km/h eingeführt. Die neue Regierung sah in dieser Maßnahme einen Angriff auf den Standort im Allgemeinen und die Attraktivität der Innenstadt im Besonderen. Gegen den massiven Protest von AnwohnerInnen wurden wieder alle vier Fahrspuren für den Autoverkehr geöffnet. Mit Hilfe eines politisch wie rechtlich umstrittenen Verfahrenstricks (siehe BürgerInnenbeteiligung) wurde ein Bürgerbegehren gegen diese Wiederöffnung ausgehebelt. Darüber hinaus ist die Maßnahme in der Fachwelt umstritten, u.a. weil sie für Verkehrsfluss und die Erreichbarkeit der Innenstadt nur geringe Auswirkungen hat.
Auch an anderen Orten wurde der Wandel von einer umwelt- und menschenfreundlicheren zu einer autoorientierten Verkehrspolitik symbolisch vollzogen: Bei der Grindelallee im Uni-Viertel konnten ähnliche Maßnahmen nicht gegen breiten Widerstand der AnwohnerInnen und EinzelhändlerInnen umgesetzt werden. Die medienwirksame "Entpollerung" (die Radverkehr und FußgängerInnen vor parkenden Autos schützen) und der Abbau von Radarkontrollen signalisieren AutofahrerInnen, dass Rechtsbrüche und gefährdendes Verhalten toleriert werden.
Es ist jedoch verkürzt die Verkehrspolitik des neuen Senats auf ihre Symbolkraft zu beschränken. Bei längerfristigen Projekten wird statt dessen deutlich, dass es sich hier tatsächlich um einen grundlegenderen Politikwechsel handelt, der de facto eine (stadtplanerische) Rückkehr in die 1970er Jahre bedeutet. Nicht der Mensch, sondern die Technik und die Interessen von wenigen stehen im Vordergrund: Entsprechend wird der geplante Bau eines Stadtbahnnetzes verworfen, die nimmt schließlich den Autos den Platz auf der Straße. In diese Prioritätenverschiebung passt auch die Forderung nach Tempo 60 km/h auf Hauptverkehrsstraßen.
Aber auch der neue Senat meint etwas für den öffentlichen Verkehr zu tun, indem er eine neue U-Bahnlinie von der Innenstadt zur Hafencity plant (statt zum Flughafen), die nicht finanzierbar ist, oder Radwege baut, die nicht den Ansprüchen der StVO genügen. Auch bei Stadterweiterungs-Großprojekten wie Hafencity genießt der motorisierte Individualverkehr Priorität, dem sich die Interessen aller anderen VerkehrsteilnehmerInnen unterzuordnen haben (bis nach Beschluss des Masterplans gab es kein realistisches Verkehrskonzept für dieses Gebiet, sonst integraler Bestandteil bei Flächenplanung). Bei anderen Neubauvorhaben am Rande Hamburgs ist die Erreichbarkeit ausschließlich durch Pkw-Mobilität gegeben, so dass nur entsprechende Zielgruppen angelokkt werden. Eine Vernetzung des Öffentlichen Personen Nahverkehrs (ÖPNV) und Gütertransport mit dem Umland wird vernachlässigt. So sind Menschen entweder auf den Besitz von eigenen Transportmitteln oder dem Wohnen in der Stadt angewiesen.

Obwohl die Verkehrsplanung großen Einfluss auf die alltägliche Lebensqualität hat, führt sie in den linken Zusammenhängen ein eher randständiges Dasein. Das hat sie nicht verdient, denn Möglichkeiten, sich den belastenden Einflüssen des Straßenverkehrs zu entziehen, sind immer ökonomische Möglichkeiten (gesunde, ruhige und grüne Wohnsituation mit ausreichend Freiflächen vor allem am Stadtrand; eigenes Auto, welches dann zusätzlich zu den Belastungen beiträgt, etc.). Im Wirkungszusammenhang bedingt jedoch die Verkehrslärmbelastung entsprechende Mietpreise:
Weniger Wohlhabende müssen entweder die entsprechenden Belastungen oder eine eingeschränkte Mobilität in Kauf nehmen. Stärker als andere Maßnahmen sind sozial schwächer Gestellte auf Mobilität und Erreichbarkeit angewiesen. Die Abschaffung von "Sozialtickets" des HVV ist ein Schritt in Richtung "Entmobilisierung" von Menschen.

Eine Mobilität für alle Menschen durch umweltverträgliche Verkehrsentwicklung wird in der Verkehrspolitik des schwarz-gelb-schill Senates negiert und ein Konzept der 70er Jahre, monofunktionale Asphaltwüsten, als Stadtgliederungskonzept umgesetzt. Darin folgt der Senat vorrangig den eigenen Standortinteressen, den wirtschaftlichen Wünschen wie sie die Handelskammer Hamburg formuliert und die -vor allem am Stadtrand lebenden- AutobesitzerInnen. Dabei sind die von ihm formulierten Ziele durchaus widersprüchlich:
Eine familienfreundliche und dennoch autoorientierte Politik sind unvereinbar, da gerade das Verkehrsaufkommen mit seinen Belastungen, Behinderungen und Gefährdungen (besonders für Kinder), d.h. Wohnqualitätsminderung, eines der zentralen Motive für die Umlandabwanderung ist.
Kompensiert soll dies nun mit den entstehenden Einfamilienhausgebieten im Hamburger Raum werden, die den ökonomisch besser gestellten Personenkreis ansprechen. Diese werden meist mit verkehrsberuhigten AnwohnerInnenstraßen bzw. Spielstraßen ausgestattet. Das eigene Fahrzeug wird dann nur noch nötig für die Versorgung mit Alltagsgütern.
Mit einer solchen politischen Ausrichtung, die an keiner Stelle Verkehrsströme verbessert oder mindert, wird Hamburg wohl auch zukünftig die Hauptstadt der überfahrenden Kinder bleiben.

Von der Befriedung zur feindlichen Übernahme
BürgerInnenbeteiligung und Quartiersentwicklung

Während die rot-grüne Regierung das Programm der "Sozialen Stadtentwicklung" als Teil des Bund-Länder-Programms "die Soziale Stadt" umsetzte, zeichnet sich mit der jetzigen Regierung auch im Bereich der Quartiersentwicklung eine andere Prioritäten- und Umsetzung ab. In der Quartiersentwicklung beispielsweise trafen die Vorstellung einer sozialen Entwicklung und der Standortförderung aufeinander.
1999 gestartet um sozialer Polarisierung in Städten entgegen zu wirken, sollten mit diesem Programm durch eine Verknüpfung von Wohnungs-, Arbeits-, und Sozialpolitik Stadtteile durch aufeinander abgestimmte Maßnahmen dauerhaft stabilisiert werden. "Der Anspruch, Stadt des sozialen Ausgleichs zu sein, fordert eine bewusste Betrachtung der sozialen Folgen des wirtschaftlichen Strukturwandels und den Einsatz von Konzepten für die Beschäftigung von Benachteiligten." (FHH 1996: 7).
Dazu gab es Handlungsansätze direkt vor Ort (5 Stadtteile in HH wurden ausgesucht). So wurden zum Beispiel Stadtteilbüros mit sozialen und kulturellen Angeboten und die berüchtigten StadtteilmanagerInnen eingerichtet, um gebiets- und strukturbezogene Ziele zu erreichen. Brauchten diese Projekte einige Jahre Anlauf für Akzeptanz und Erfolge im Bildungssektor und der Stadtteilsanierung, brachten sie Scheinerfolge der Sozialpolitik und Ausgrenzung Einzelner durch Bildung neuer Aktivengruppen. Was in dem Stadtentwicklungskonzept noch so schön klingt, verbirgt auf seiner Schattenseite den Abriss oder die Aufwertung bezahlbaren

Wohnraums, die Verdrängung von weniger einkommenskräftigen Haushalten und demzufolge die Zerschlagung ihrer sowieso strapazierten sozialen Netze. Auch die Ansprüche des neoliberalen Arbeitsmarktes kümmerte die Lebenssituation der im Programm Angesprochenen nicht. Durch die allenfalls mittelfristige Finanzierung konnten die Ziele nicht erreicht werden.
"Stadterneuerung, städtebauliche Revitalisierung, Milieuschutzmaßnahmen und eine neue Baukultur haben der Stadt europaweit zu neuem Ansehen verholfen. Wesentliche Aspekte der positiven Entwicklung der Stadt [...] sind die Folge einer offensiven Standortpolitik, die mit Entschiedenheit auf die Stärkung ‚weicher' Faktoren wie Kultur, Wohnortqualität, Stadt- und Landschaftsbild, Freizeitwert und Milieuförderung gesetzt hat." (FHH 1996: 11)

Waren es bisher grün-rot-runde Tische, die eine Beteiligung und Interesse der PlanerInnen an AnwohnerInnenwünschen suggerierten, wird sich nun dieser Schein nicht mehr gegeben.
Heute drückt sich der Wandel in der Quartiersentwicklung durch Ablehnung von Eigenverantwortung der BewohnerInnen, Einstellung von Förderungsprogrammen wie "Soziale Stadtteilentwicklung" im Bezirk Harburg oder Zentralisierung von Entscheidungen statt lokaler Teilhabe aus. Bei aktiver BewohnerInnenstruktur, die sich gegen Senatsentscheidungen wendet, zieht das Landesplanungsamt durch Aushebelung der quartierseigenen Beteiligungsrechte die Gebietsplanung an sich.

Lokale BürgerInneninteressen wollen möglichst nicht mal mehr offiziell angehört werden, um sich die vermeintliche Beteiligung in der Bauleitplanung zu geben (vgl.: § 3 BauGB). Stattdessen werden- zur Zeit im Rahmen des Konzeptes zur "Wachsenden Stadt"- Bebauungsplanaufstellungen für Flächen mit großem Freizeit- und Erholungswert (Wohldorfer Wald, etc.) durch Evokation von Bürgerentscheiden für den Erhalt der Flächen durch die Senatsbehörden durchgesetzt. Da fast überall, wo neues Bauland ausgewiesen werden soll, Bürgerbegehren dagegen laufen, hat der Senat nun angedacht generell bis zu 4 Wochen nach Bekanntgabe des Bürgerbegehrens zu entscheiden, ob er evoziert. Zusätzlich sollten Unterschriftenlisten dann nur noch in Ämtern ausliegen (InnenstaatsratWellinghausen, HHA, 5.6.2003), was den Bekanntheitsgrad beträchtlich schmälert. Dass der Senat nicht alleine evozieren kann, wenn die Bebauungspläne gegen den Willen des Bezirks sind, ist nicht wirklich ein Verhinderungsgrund. Ein dann nötiger Bürgerschaftsbeschluss ist bei der derzeitigen politischen Lage ähnlich möglich wie die Zustimmung der Bezirksversammlung.
Hier zeigt sich, dass sich Alle unter das Leitbild "Wachsende Stadt" unterzuordnen haben, denn "die "Wachsende Stadt" ist ein zentrales Konzept dieser Regierung." (Bernd Reimert, CDU, HHA, 5.6.2003). Dass auch die Interessen der grundbesitzenden WohldorferInnen und anderer Betroffenen ihres schönen Waldblicks in Zukunft beraubten höchst fragwürdig sind, bleibt dahingestellt. Trotzdem hat die Durchsetzung städtischer Interessen zur Realisierung zentraler, auf ökonomisch besser Gestellte ausgerichteter Projekte eine andere Qualität und Ausschöpfungswillen aller Möglichkeiten erreicht.

Im Bereich der sozialen Stadt findet unter dem neuen Senat eine Neuausrichtung oder gar eine Abschaffung der Projekte statt. Im Beteiligungsverfahren in Wilhelmsburg änderte sich die Zusammensetzung des Beirates entsprechend der neuen Mehrheitsverhältnisse. Seitdem werden sämtliche Arbeitsgruppen und Inhalte den Politikfeldern Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung unterworfen. Arbeitskreis Integration ade! Die Folge ist eine fortschreitende Stigmatisierung von Benachteiligten, verstärkte Ausgrenzung von Bevölkerungsgruppen wie MigrantInnen sowie eine Erweiterung der Gruppe der Ausgegrenzten. Eine sich kulturell, sozial und ökonomisch selbsttragende Quartiersstruktur wird dadurch behindert, Chancen auf freie Wahl von Wohnraum und Arbeitsplatz erschwert.

Im Zuge der vermehrten Standortkonkurrenz wird die Attraktivität der einzelnen Quartiere zur Sicherung oder Aufwertung des Standortes immer wichtiger. Durch weiche Standortfaktoren sollen erwünschte BewohnerInnen und ArbeitnehmerInnen angesprochen werden. Auch städtische Attraktivitätserhöhung von Standorten wie Wilhelmsburg zum Ausbau von innenstadtnahem Wohnen, funktioniert durch Großprojekte wie z.B. die IGA 2013.
Um das Gebiet für die erwünschten NutzerInnen besser vorzubereiten Dafür muss jedoch das Gebiet für die erwünschten NutzerInnen vorbereitet werden: Bestimmte Gruppen erhalten auf inhaltlicher Beteiligungsebene mehr Gewicht, während sich gleichzeitig andere Gruppen in schwächerer Mitbestimmungsposition dann diesen Zielen unterordnen müssen, wenn sie überhaupt beteiligt sein wollen. Die Äußerungsmöglichkeit, v. a. von MigrantInnen, Erwerbslosen, KonsumentInnen illegalisierter Drogen, etc. wird gänzlich abgeschafft. Die Quartiersentwicklung richtet sich in diesem Rahmen nicht nur auf Gebietsaufwertung, sondern auch auf die Sicherheits- und Ordnungspolitik aus, indem sie die Teilhabe und Zugang zum/im Quartier durch bauliche, sicherheitspolitische und soziale Maßnahmen reguliert.

Ist das das Comeback des Gartenzwergs?

Anhand der gezeigten Themenfelder entpuppt sich die (Stadtentwicklungs-)Politik des rechtskonservativen Senates als dreigeteilt:
Zunächst entsprechen sowohl das Leitbild der Wachsenden Stadt als auch die darin zusammengefassten Handlungsansätze einer neoliberalen Standortpolitik, in dem die Stadt insofern eine passive Rolle spielt, als sie ihre eigenen Standorteigenschaften so verbessern kann um komperative Vorteile zu erzielen, den Wettbewerb und seine kontraproduktiven Resultate selbst auf regionaler Ebene nicht in Frage stellt. Der neoliberalen Verwertungslogik des Standortwettbewerbes entspricht die Reduzierung städtischer Politik auf eine Kosten-Nutzen-Rechnung als zentrales Leitmotiv.

Zweitens muss das Versprechen aus der Wachsenden Stadt würden nicht nur die städtischen Kassen gefüllt, sondern auch Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze entstehen, enttäuschen. Statt dessen verschärft es bereits bestehende Konflikte und produziert neue benachteiligte Gruppen. Es sind nun nicht nur MigrantInnen und DrogenkonsumentInnen die als VerliererInnen zuschauen dürfen. Auch die KleingärtnerInnen sind nun von den Folgen dieser Politik betroffen. Es werden nicht nur ihre Gärten mit Einfamilienhäusern bebaut, Umschichtungen im Sozialen- und Bildungsbereich verschlechtern darüber hinaus die Chancen vieler, die sich vorher noch auf der sicheren Seite wähnten. In diesem Falle werden eventuelle WählerInnen auf die Seite der "EntwicklungsverliererInnen" gedrängt. Die Maßnahmen der "Wachsenden Stadt" sind ihnen gegenüber kaum noch argumentativ vermittelbar.

Dieser Widersprüchlichkeit wird drittens durch eine gezielte Symbolpolitik begegnet. Mit dieser agiert der Senat auf verschiedenen Feldern. Denn einerseits müssen die Bedürfnisse seiner WählerInnen befriedigt werden – und hier enthält die bürgerlich-autoritäre und neoliberale Politik des Hamburger Senats populistische Züge, die sich in der Dethematisierung von Problemzusammenhängen und der Umleitung von Diskursen auf Niedrigergestellte. Handlungsfähigkeit und der Wille zur Verbesserung wird von einem symbolorientierten Politikstil begleitet, der im Einzelobjekt den Feind ausmacht und bekämpft. Andererseits dient die Symbolpolitik im Bereich der Stadtentwicklung der Imagebildung im Standortwettbewerb und bedient gleichzeitig die Hoffnungen auf Wohlstand bei der/dem WählerIn.

Gruppe Interne Erschliessung (gie)

Bilder des Wohlstands - Politik der Kontrolle



Die Hamburger HafenCity ist kein Stadtentwicklungsprojekt, sondern ein Investitionsprojekt. Die computeranimierten Zukunftsbilder vom neuen Stadtteil lenken von dieser ökonomischen Zielsetzung nur ab. Es geht nicht um innovative Architektur oder die offene Diskussion über die Zukunft der Stadt, sondern um die Kontrolle über den Raum, der für Investoren rein gehalten werden soll.

Der Kaispeicher A auf dem Gelände der zukünftigen HafenCity ist ein Wahrzeichen. Bullig steht seine markante Dreiecksform auf der Spitze des Dalmannkai. Er weist in den Hafen, die Elbe hinab und den ankommenden Schiffen entgegen. Er ist ein altehrwürdiges Lagergebäude, das die vergangene Hafengeschichte versinnbildlicht. Seine riesige Backsteinarchitektur beherbergte einst Güter aus Übersee. Seine gewaltigen Portalkräne hoben Schiffsladungen an Land und seine raue Mauer diente den Hafenarbeitern und Barkassenschippern als Schreibgrund zur Artikulation politischen Selbstbewusstseins: "Heraus zum Roten 1. Mai" steht dort seit 1978 auf Höhe der Kräne geschrieben. Der Kaispeicher A ist ein schützenswertes Gebäude. Er ist einer der wenigen Lagerhäuser, die noch stehen, während der Rest des ehemaligen Hafengeländes gesäubert und in ein ebenmäßiges Sandbett gekleidet wurde. Diese Bereinigung war nötig, weil das Gebiet der zukünftigen HafenCity nicht hochwassersicher ist. Ein neues Stadtviertel soll hier in den nächsten 20 Jahren entstehen, aber die Flächen müssen dazu entrümpelt, gesichert und für zukünftige Investoren vorbereitet werden. Hochwasserschutz ist der Stadt ein teures Gut aber den Grundstückspreisen der HafenCity eine schwere Last. Ursprünglich wollte man Geld mit den Grundstücken einnehmen. Man ist bescheidener geworden. Man will jetzt Imagepolitik machen. Aber auch das scheint zu scheitern.

Doch bleiben wir beim Kaispeicher A. Von seiner ursprünglichen Umgebung freigestellt und von offenen Sandflächen umgeben, ist das alte Gebäude tatsächlich zum Wahrzeichen geworden – ein Mahnmal in zweifacher Hinsicht: Hoch erhoben weist seine Silhouette als sperriges Denkmal in die Geschichte der Hafenwirtschaft zurück. Einsam auf weiter Sandflur kündigt das Gebäude aber auch vom bisherigen Scheitern des HafenCity Projekts. Denn als markantes Wahrzeichen für die erfolgreiche Hafengeschichte, sollte der Kaispeicher zum neuen Markenzeichen für die Zukunft des Hafenstadtteils umgebaut werden. Als "MediaCityPort" wäre er für die Branche der neuen Medien nutzbar zu machen. Medienfirmen sollten sich in großer Zahl unter seinem Dach versammeln und das Schicksal der HafenCity Erfolg versprechend besiegeln. Der neue Kaispeicher A würde zum Zentrum und strahlenden Nukleus einer Wirtschafts-, Standort-, Image- und Stadtentwicklungspolitik, die auf new economy in new media setzt. Architektonisch markant würde seine dreiekkige Grundstruktur bewahrt bleiben und ein gigantischer Turm als neues Element integriert werden. Dieser gläserne Turm, der aus dem steinernen Kaispeicher emporragte, wäre geknickt. Er verbeugte sich vor den ankommenden Schiffen und vor der Zukunft des neuen Medien-Stadtteils.

Im derzeitigen HafenCity-Informationszentrum, dem so genannten "Kesselhaus" in der Speicherstadt und auf den offiziellen Internetseiten, kann man die Vision nachvollziehen, die sich Hamburgs Politiker mit dem Projekt der HafenCity ausgemalt hatten. Dort versprechen aufwendige Bilderwelten die Verwirklichung eines Stadtteils, in dem alles medienneu und zukunftsträchtig ist. Eine Landschaft wird gezeichnet, in der neue Technologien, neue Wirtschaftsformen und neue Lebensstile im blassbläulichen Ton der Computeranimation harmonisch koexistieren. Das Wohnen und Arbeiten am Wasser ist in karibikfarbenes Türkis getaucht. Weiße Segelyachten und Quellwölkchen verheißen auch besseres Wetter für Hamburg. In virtuellen Rundflügen kann der Betrachter kathedralenartige Häuserschluchten durchsegeln. Im architektonischen Modell veranschaulicht sich die gigantische Größe des Areals und die wirtschaftliche Zukunft gesellt sich in der Form des computergenerierten Bürobaus dazu. Mit der HafenCity scheint die Vision von einer wohlhabenden Zukunft bauarbeiterlich in Beton gegossen und ingenieurtechnisch in Glasfaser gelegt zu werden.

Diese Bildproduktion, die mit dem Bewerben der HafenCity einhergeht, ist so bezeichnend, weil sie von der Wunschenergie des Visionären beflügelt wird. Die HafenCity existiert noch nicht, daher weist sie scheinbar unbelastet ins nächste Jahrtausend. Das enthemmt die Stadtplanerinnen und euphorisiert die Architekten. Diese Euphorie ist an sich kein Problem. Die HafenCity steckt voller bemerkenswerter Ideen und guter Konzepte und vor der optischen Kulisse der Brachfläche scheint die Wunderwelt der wohlhabenden Zukunft wie greifbar. Doch Imagepolitik ist eine wesentliche Regierungstechnik geworden. Die experimentierfreudigen Stadtentwicklungsbroschüren, der dynamische Masterplan oder das interaktive Modell im Kesselhaus sind im wesentlichen imagebildende Maßnahmen. Es handelt sich um Bilder, die an der Oberfläche des HafenCity-Projekts, dessen ökonomischen Kern verdecken. Mit der HafenCity geht es weniger um innovative Stadtentwicklung, experimentelle Architektur, dynamische Prozesse und nachhaltige Bebauung, sondern wesentlich um Finanzpolitik. Die HafenCity ist eine Immobilienspekulation der Stadt Hamburg. Durch Verkäufe der Grundstücke sollte die Finanzierung des Containerterminals in Altenwerder gesichert werden. Diese finanzpolitische Strategie ist aufgegeben. Das ändert aber nichts daran, dass Hamburg die Zinsen für jene Kredite noch zahlt, die den

Containerterminal finanziert haben und für deren Vergabe die Grundstücke der HafenCity belastet wurden. Die neue Strategie im Umgang mit der HafenCity ist wesentliche eine der wirtschaftlichen Standortpolitik. Durch das visionäre Bild vom zukunftsträchtigen und attraktiven Stadtteil, sollen finanzkräftige und florierende Unternehmen angezogen und zur Ansiedlung in der HafenCity bewegt werden. Das standortpolitische Kalkül hat aber kontrollpolitische Konsequenzen:

Die virtuelle HafenCity hat gewissermaßen schon jetzt eine reale Stadtmauer, deren heimliche Torhüter die Kriterien für den Einlass festlegen und an neugierigen Individuen überprüfen. Gruppen, die sich auf dem Terrain der zukünftigen HafenCity mit dieser auseinandersetzen wollen, durchlaufen einen Kontrollprozess. Es gibt keinen Ort auf dem Areal der zukünftigen HafenCity, der ohne die Genehmigung der privatwirtschaftlich geführten GHS genutzt, bespielt oder belagert werden kann. Der GHS obliegt die Aufgabe, die HafenCity als Produkt zu vermarkten und als Immobilie an Investoren zu verkaufen. Jede Form der Zwischennutzung, wo überhaupt erwünscht, wird auf den imagebildenden Mehr-Wert hin überprüft, den sie für eine positive Standortpolitik schöpfen kann. Kritische Projekte, die den Planungsprozess der HafenCity in Frage stellen, sind weniger erwünscht als denkmalpflegerische Vorhaben, die dem Erhalt der Krantechnik aus der Jahrhundertwende dienen. Noch bevor sie wirklich wird, normiert die HafenCity den HafenCity Nutzer und dieser stört den reibungslosen Ablauf der Finanz- und Standortpolitik besser nicht. Die Flächen der virtuellen gate-community werden überwacht und sauber wie ein Vorgarten gehalten.
Als bereinigte Brache eignet sich die HafenCity dann vortrefflich als Projektionsfläche für die schnell wechselnde Bilder des Wohlstands. Wie ein Diakarussell werden die "wachsende Stadt", die Medien- und Informationsbranche oder zuletzt Olympia 2012 auf die leeren Sandflächen projiziert. Alle diese schönen Bilder verschwinden aber ebenso schnell von der Bildfläche, wie sie aufgetaucht sind. Die Medieneuphorie kam und verging. Einzig und alleine das Gebäude der Software-Firma SAP wurde fertig gestellt und steht wie ein außerirdisches Ufo auf weiter Flur. Im Imaginären prosperiert der zukünftige Stadtteil, im Realen bleiben die Rechnungen offen: 9,47 Mio. Euro hat die Stadt Hamburg für die Olympia-Bewerbung ausgegeben, in deren planerischen Mittelpunkt die HafenCity stand. Über die Risiken und Nebenwirkungen dieser Investitionspolitik wird aber wenig verhandeln. Es geht nämlich bei der ökonomischen Diskussion nicht mehr darum, die urbane Perspektive der HafenCity zu feiern, sondern die Rechnung zu überprüfen, die Hamburg mit dem Projekt aufgemacht hat. Grundsätzlich ist gegen städtische Finanzpolitik nichts einzuwenden. Auch Stadtentwicklung ist sinnvoll und gut. Wenn aber unter dem Image der innovativen Stadtentwicklung nur die Investitionspolitik jeder öffentlichen Diskussion entzogen wird, wenn Standortpolitik im Gewand der urbanen Entwicklung auftritt, tatsächlich aber Mechanismen der Kontrolle erzeugt, dann ist eine politische Schieflage erreicht. Wenn aber darüber hinaus der ganze Aufwand an Imagebildung, Kontrollpraxis und Flächenbereinigung nicht einmal zum standortpolitischen Etappenziel führt, wenn das Areal investorenarm und gebäudefrei bleibt, dann wird die Situation vollends grotesk. Die einen dürfen nicht, die anderen wollen nicht, die meisten zahlen dafür und keiner merkt es.

Zurück zum Kaispeicher A: Im Sommer 2002 wollte man mit dem Bau beginnen, Oktober 2002 sollte das Gebäude aus statischen Gründen zunächst ganz abgerissen werden, Dezember war nichts passiert. Im Frühjahr 2003 sollten schließlich die Arbeiten anlaufen, aber die Investorengesellschaft, die das Projekt betreut, scheint immer noch nicht zu wissen, wann der Abriss und Neubau beginnen kann, weil die zukünftigen Nutzer eines "MediaCityPorts" fehlen, die das Investitionskapital wieder einspielen sollen. Stimmen munkeln, die "An-Hand-Gabe" des Grundstücks müsse zurückgezogen werden. So ist die Medienbranche eingebrochen, nicht der Kaispeicher A abgerissen. Der Markt neuer Technologiewerte ist am Boden, der Turm aber nicht im Himmel. Eine Eventagentur bespielt wieder das leere Ambiente der windigen Lagerhallen mit nichtöffentlichen Wohlstandspartys.

Die leeren Hallen, das unbebaute Gebäude, die nichtöffentlichen Partys – das alles macht den Kaispeicher A zum vorzüglichen Markenzeichen. Er ist das Sinnbild, das auf eine HafenCity voller unerfüllter Träume, verschobener Anfänge, verschlossener Tore, heimlicher Kämpfe und ungeführter Diskussionen verweist.

Anke Haarmann // tetrapak



MedienStadtHafen

[...]
Mit dem Projekt >ready2capture, HafenCity, ein urbaner Raum?< wurden die politischen Bedingungen und ideellen Setzungen des Imageproduktes HafenCity untersucht und der offiziellen Beschreibung des "größten europäischen Stadtentwicklungsprojektes" wurde eine Beschreibung entgegengestellt, die nicht als "Marke Hamburg mit allen Stärken aufgeladen und auf allen Kanälen kommuniziert werden muss." (zitiert nach "Hamburg soll jetzt eine Marke werden" vom 14.April 2002, Hamburger Abendblatt). ready2capture richtete sich für die Dauer der Artgenda 2002 in den ehemaligen Kontorräumen des Kaispeichers A ein. Wie die Infofrauen aber ganz richtig erzählt haben, war das erst nach langen Verhandlungen mit den Institutionen, die die HafenCity vermarkten und kontrollieren, möglich.
Ende Oktober 2001 reichten wir unser Konzept bei der Jury für die Artgenda Biennale ein und stellten es dann der Kulturbehörde, Abteilung Kunst im öffentlichen Raum vor. Die wies uns darauf hin, dass alle Kunstprojekte in der HafenCity mit der GHS abgestimmt werden müssen. Der Raum für das Projekt sollte sich in der Nähe des Kesselhauses befinden, weil wir uns wünschten, dessen Besucher zu uns umzuleiten und weil wir in direktem Bezug zum HafenCity Gelände arbeiten wollten. Wir visierten ein Kachelhaus direkt neben dem Kesselhaus an.
Im ersten gemeinsamen Treffen mit der GHS und der Kulturbehörde äußerte die GHS vor allem aufgrund unseres Konzeptes Bedenken, in dem wir das HafenCity Modell im Kesselhaus als sinnentleert und marketingorientiert bezeichnet hatten. Das Projekt wurde zudem von der GHS mit dem Hinweis auf das zu wahrende Informationsmonopol der GHS als überflüssig angesehen und es wurde befürchtet, dass wir das Image der HafenCity beschädigen könnten. Wir wurden dazu aufgefordert, das Konzept zu überarbeiten. Wir strichen den betreffenden Satz und beim nächsten Treffen mit der GHS wurde - aufgrund der Befürchtung um Konkurrenz - ein Raum in unmittelbarer Nähe zum Kesselhaus für uns ausgeschlossen. Jetzt visierten wir die ehemaligen Kontorräume des Kaispeichers A an.
Hierfür ist die Euroland GmbH verantwortlich. Euroland Projektierungen ist ein Teil der MediaCityPort GmbH und entwickelt Immobilien für die Medien- und Biotechnologiebranche. Für das Standortmarketing im Kaispeicher A hat sie wiederum die Agentur eventlab beauftragt. Das hierfür von eventlab gegründete Label Rangavila, aus dem indischen übersetzt "der fünfte, eingezäunte Bereich am südlichen Himmelstor", veranstaltete letzten Sommer Smartcarpräsentationen und machte seine Parties und Barbecues im Kaispeicher mit schwarz verhängten Bauzäunen, Security, Gästelisten und echtem Stacheldraht zu wirklich exklusiven Events. Die nach der "Olympia-Niederlage" von Bürgermeister Ole von Beust den Leipzigern geneidete Mauer wurde hier schon mal errichtet.("Die Leipziger haben in ihrer Präsentation den Fall der Mauer gezeigt- was hätten wir dagegensetzen können?", HH Abendblatt, 14. April 2002).
In unserem ersten Treffen mit eventlab betonen diese, dass sie unser Vorgehen einer kritischen Auseinandersetzung mit der HafenCity verstehen und für legitim halten, dass aber die MediaCityPort GmbH bzw. Euroland hierbei keinen Imageschaden erleiden dürfte.
Beim nächsten Treffen mit Euroland und eventlab erkundigt sich Euroland nach der Position der GHS. Wir überreichen das geänderte Konzept, das mittlerweile auch eine Veranstaltungsreihe beinhaltet. Die Parallelität von kritikhaltigen Theorieveranstaltungen mit Barbetrieb unsererseits und VIP - bzw. Präsentationsparties von eventlab andererseits wird von diesen problematisiert, da sie erneut einen Imageschaden befürchten. Euroland räumt diese Bedenken mit dem Hinweis auf die eingeschränkten Möglichkeiten von Kunst aus und verweist darauf, dass die Idee der HafenCity bereits gescheitert sei, wenn sie ein solches Projekt nicht verkraften würde. Der GHS widerstrebt nach wie vor die Vorstellung eines "alternativen Infocenters". Die Euroland versucht mit dem Vergleich zu dem Verhältnis von Politik und Satire zu vermitteln. Endlich erhalten wir das O.K. der MediaCityPort GmbH bzw. Euroland und eine vorläufige Zustimmung der GHS. Zutritt zu den Räumen erhalten wir erst vier Tage vor der Eröffnung der Artgenda, die Schlüssel erst drei Tage danach. Tatsächlich bleiben verirrte Gäste und Verwechslungen der Locations bei Parallelveranstaltungen nicht aus. Nach der Artgenda verlassen wir den Kaispeicher, drei Monate später eröffnet dort die Kunstausstellung "THERE IS A PLACE". Unter anderem stellt die Künstlergruppe Rieve-Urbschat- Wehrmann in den weitläufigen Kellerräumen aus. Hierfür fordern Rieve-Urbschat - Wehrmann eventlab zum Paintball spielen auf. Mit Farbpatronen werden die ansonsten kontrollierten Räume unter Beschuß genommen. Eventlab will seinen Namen aus dem Titel gestrichen wissen. Der Verweis darauf, dass der Titel integraler Bestandteil der Arbeit sei, hält eventlab nicht davon ab, ihren Namen auf dem Plakat selbst mit schwarzem Gafferband zu überkleben.

Die Verwalter der Clear Box Architektur performen die Unterdrückung, die dieser als Subtext zugrundeliegt.
Jelka Plate//tetrapak

als Weiterführung und Dokumentation entstand das Buch >ready2capture, HafenCity, ein urbaner Raum?<
Hg. von tetrapak, erschienen bei b_books, 9 Euro, ISBN 3933557372

keine Anzeige des bundesverbandes Betonmarketing

Beton

Es kommt drauf an, was man draus macht!

WoWirWohnen - Mit dem Schiff ins Heim

Mit der HafenCity will die Stadt Hamburg in den nächsten 25-30 Jahren ein City-Stadtviertel mit maritimem Ambiente schaffen, das Wohnen, Arbeiten und Freizeit verbindet. Etwa 5.500 Wohnungen für ca. 12.000 Einwohner und über 20.000 Arbeitsplätze sollen in der HafenCity entstehen und "die Innenstadt an die Elbe zurückführen" Im Dezember 1998 legte die Senatskommission für Stadtentwicklung, Umwelt, Wirtschaft und Verkehr mit der Verabschiedung der Masterplankonzeption den Entwicklungsrahmen für das Projekt fest. Die Gestaltung des Masterplans beinhaltete eine der letzten Möglichkeiten der Stadt-entwicklungsbehörde grundlegenden Einfluss auf das Areal zu nehmen, da die Bürgerschaft beschlossen hatte, das Gelände nicht – wie oft vorher praktiziert – auf längere Jahre zu verpachten, sondern es gewinnbringend an Investoren zu verkaufen.

An "wen" werden die neuen Wohnungen mit maritimem Ambiente, verkauft?
Bevor man sein Schiff am Pier vertäut, sollte man akzeptieren, dass der neue Wohnraum teuer wird. Denn neben den hohen Grundstückspreisen führen erhebliche Gebäudegründungskosten für Fundamente und ein aufwändiger Hochwasserschutz zu einem besonderen Anstieg der Baukosten, die wiederum an die späteren Eigentümer weitergereicht werden. Auch Familienschiffen wird das Anker setzen in der HafenCity nicht leicht gemacht. Prof. Egbert Kossak stellte bereits 1999 dazu klipp und klar fest: "Die HafenCity ist kein Standort für Familienwohnen", es sei denn der Senator lege auch gegen den Widerstand der Finanzbehörde Grundstückspreise fest, die alle Funktionen /Bevölkerungsgruppen bezahlen können. Da jedoch keine bezahlbaren Grundstückspreise festgeschrieben wurden, wird das bevorzugte Klientel, die mit dem Begriff "Citybewohner" bezeichnet werden, vermutlich eher aus vermögenden Einzelpersonen und Kleinsthaushalten bestehen, die sich den teureren Wohnraum leisten können. Herr Grimm (Gesellschaft für Bau- und Stadtentwicklung), der fünf weitere Baugenossenschaften, die am Dalmannkai bauen, vertritt, erwartet Quadratmeterpreise von mehr als zehn Euro. Geplant werden Wohnungsgrößen zwischen 70 und 100 Quadratmeter. (Siehe dazu Internetseite der Projektgruppe "Wohnen in der HafenCity" von Studierenden des Studienganges Stadtplanung an der TU-Hamburg-Harburg http://www.hafencity.net/.).

"Welches" Heim im City-Stadtviertel wird gebraucht?
Im Allgemeinen ist der Wohnungsmarkt in der BRD bestimmt durch die Knappheit des Angebots. Dieses besteht aufgrund der Segmentierung des Wohnungsmarktes und durch erhöhte Mieten, welche wiederum durch gesteigerte Ausstattungsstandards der Wohnungen bedingt sind. Beim sozialen Mietwohnungsbau stehen ca. 40-50% aller Mieterhaushalte in der BRD, die sozialwohnungsberechigt sind, einer zu geringen Anzahl an Sozialwohnungen gegenüber, mit der Folge, dass 17% aller Haushalte nach wie vor unterversorgt sind. Daraus ergibt sich eine "relative Wohnungsnot", da eine gezielte Berücksichtigung dieser speziell einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen nur in geringem Maße stattfindet. Eine Alternative wäre der "non-profit" oder gemeinnützige Wohnungsbau. Den fördert die Bundesregierung im Gegensatz zum Wohneigentum aber nicht mehr, mit der Begründung, dass der Mietwohnungsbedarf gesättigt sei, da viele Mietwohnungen leer stünden. Parallel zum herkömmlichen Immobilienmarkt, bestehend aus dem Büro-, Industrieimmobilien- und Privatmarkt für höherpreisige Objekte, die sich gegen Ende der 90er Jahre hoher Renditen und Nachfrage erfreuten, ist der Markt der "billigen", bezahlbaren Wohnräume in Hamburg aufgrund der "relativen Wohnungsnot" von Interesse.

Der soziale Wohnungsbau, der wie ein Ventil bis in die 80er Jahre hinein materielle Ungleichheiten abfederte und für bezahlbaren Wohnraum sorgte, geht in den 90er Jahren seinem Ende entgegen. Bestärkt durch das Desaster der "Neuen Heimat" fand eine Umorientierung statt, die Eigenheime für Mittelschichten, Wohngeld statt Wohnungsbau und die Deregulierung des Mietrechtes unterstützte. Der Bestand an Sozialwohnungen in der BRD hat sich in den 90er Jahren von 3,9 Mio. auf 1,8 Mio. halbiert. Das endgültige Absterben des herkömmlichen Modells wurde Ende 1996 mit einer entsprechenden Erklärung des Bundesbauministers offiziell besiegelt. Das Angebot von bezahlbarem Wohnraum hat sich mittlerweile so reduziert, dass auch Menschen mit mittlerem Einkommen nicht mehr ausreichend versorgt werden können. Dieser Prozess wurde durch politische Maßnahmen wie Steuererleichterungen für Altimmobilienbesitzer, Rücknahme der Förderung des sozialen Wohnungsbaus und die Aufhebung der Gemeinnützigkeit für Wohnungsunternehmen anhand verschiedener Modelle gezielt gefördert.

So ist es zu einer Reduzierung von bezahlbarem Wohnraum durch fehlende Neubauten von kleineren günstigen Wohnungen auf dem freien Markt und im sozialen Wohnungsbau gekommen. Nach Aussagen des Vorsitzenden des "Mietervereins zu Hamburg", Herrn Eckard Pahlke, herrscht Wohnungsnot. Er stellt fest, dass zur Zeit 400.000 Haushalte (42%) in Hamburg Anspruch auf eine Sozialwohnung haben, wobei gleichzeitig nur 150.000 existieren. 6.000 müßten gebaut werden, wobei nur 1.800 geplant sind. Repräsentative Neubauvorhaben der jüngeren Vergangenheit, wie beispielsweise in Neuallermöhe-West, haben gezeigt, dass es bei entsprechendem politischen Willen möglich ist, nicht nur Yachtbesitzern, sondern auch Kanuten, das Wohnen und Arbeiten in maritimem Ambiente zu ermöglichen.

Johannes Rieck / tetrapak



Out of control.

Für globale Bewegungsfreiheit. Verwertungslogik und rassistische Ausgrenzung angreifen!

Auszüge aus dem Aufruf.
Siehe auch: vollständige Version <http://public.nadir.org/camp03/public_html/main.php?text=33&projekt=camp> (html), die Druckversion als pdf <bilder/aufruf/aufruf_druckversion.pdf> (722kb, vollständiger deutschsprachiger Aufruf) sowie die Übersetzungen in andere Sprachen (folgen am Ende dieser Seite)

Rund um den Globus machen sich täglich unzählige Menschen auf den Weg. Sie wandern in die Städte, die Nachbarstaaten oder die reichen Industrieländer, häufig mit Unterstützung eigener Community-Netzwerke oder professioneller SchleuserInnen. Die Einen fliehen vor Krieg, Verfolgung oder Diskriminierung, Andere handeln aus ökonomischer Not: Sie sind ihrer Existenzgrundlagen beraubt, nicht zuletzt durch die nackte Gewalt des kapitalistischen Weltmarktes. Ihre Hoffnung ist es, neue Einkommensquellen aufzutun, auch um das materielle Überleben zu Hause gebliebener Angehöriger sicherzustellen. Darüberhinaus ist die Suche nach neuen Horizonten ein ebenfalls zentrales Flucht- bzw. Migrationsmotiv, es mag um Fortbildung, Ausbrüche aus patriarchalen Strukturen oder einfach nur Glück gehen. Vielen passt der Mut und die Entschlossenheit nicht, welche Flüchtlinge und MigrantInnen an den Tag legen. Vor allem die reichen Industrieländer scheuen keine Mühe, die von ihnen als zügellos und unberechenbar wahrgenommene Autonomie von Flucht und Migration unter Kontrolle zu bringen. Mittels Migrationspolitik versuchen sie, MigrantInnen und Flüchtlinge gemäß ökonomischer Verwertungslogik aufzuspalten: Auf der einen Seite stehen die, deren billige, flexible und gewerkschaftlich unorganisierte Arbeitskraft erwünscht ist. Manche von ihnen verdingen sich als qualifizierte ExpertInnen - z.B. in der Computerindustrie. Die Mehrheit hingegen arbeitet im Niedriglohnsektor, nicht selten ohne Papiere: als Feld- und BauarbeiterInnen, als Textil-, Haus- und SexarbeiterInnen, als Reinigungskräfte, als Küchenpersonal oder DienstbotInnen. Sie sind Teil des globalen Arbeitsmarktes, der je nach Bedarf insbesondere die reichen Industrieländer mit zusätzlicher Arbeitskraft versorgt. Auf der anderen Seite stehen die Unerwünschten, für die es keine Verwendung gibt, aus denen kein Profit geschlagen werden kann. Sie sollen nach Möglichkeit gar nicht erst in die reichen Industrieländer einreisen. Schaffen sie es doch, so werden sie schikaniert, in Lager gesperrt oder abgeschoben. Zum Prinzip ökonomischer Verwertungslogik gehört, dass Flüchtlinge und MigrantInnen jederzeit von der einen in die andere Gruppe geraten können, auch ohne eigenes Zutun. Ausgesprochen zweischneidig ist die Situation für illegalisierte ArbeitsmigrantInnen: Werden sie erwischt, kommen sie in Abschiebehaft, noch ausstehende Lohnzahlungen gehen verloren.

Erklärtes Ziel des 6. Antirassistischen Grenzcamps ist es, dieser Politik samt ihrer ideologischen Wurzeln eine unmissverständliche und offensive Absage zu erteilen. Statt rassistischer Kontrolle und Ausgrenzung fordern wir das uneingeschränkte Recht auf globale Bewegungsfreiheit. Alle Menschen haben das Recht, sich dort aufzuhalten, wo immer und solange sie möchten! Wir sagen 'Nein' zu sämtlichen Techniken und Strategien globaler Migrationspolitik. Das Camp tritt an gegen rassistische und immer stärker transnational organisierte Kontroll- und Überwachungstechniken, gegen Abschiebe- und Lagerpolitik, gegen die Militarisierung der EU-Außengrenzen, gegen gezielte Illegalisierung und rassistische Abschreckung. Das Camp spricht sich auch gegen Nation und Nationalstaat aus, gegen rassistische und völkische Haltungen innerhalb der Mehrheitsgesellschaft, gegen ausbeuterische Arbeitsverhältnisse und weitere Entrechtungen, denen Flüchtlinge und MigrantInnen besonders stark ausgesetzt sind. Grundsätzlich geht es dem Camp aber um die Demontage von Herrschaftsverhältnissen insgesamt. [...] Das Grenzcamp begreift sich in diesem Sinne als ein Projekt unter vielen innerhalb des globalen Widerstandes. Unser Blickwinkel ist antirassistisch, unser Ziel die revolutionäre Globalisierung - eingebettet in die alltägliche Praxis sozialer und emanzipatorischer Basisbewegungen!

Am Anfang des diesjährigen Grenzcamps wird erstmalig ein 3-tägiges Auftaktforum unter dem Titel "Antirassismus ausbuchstabiert" stehen. In Workshops, Vorträgen, Plenumsdiskussionen, etc. kann in die Schwerpunkte des diesjährigen Grenzcamps eingetaucht werden. Außerdem soll eine prinzipielle Debatte darüber erfolgen, welche politische und strategische Bedeutung Antirassismus hat. Erst im Anschluss geht's auf die Strasse gehen, soll öffentlichkeitswirksam und gezielt interveniert und natürlich auch die eine oder andere Veränderung errungen werden. Antirassistisches Campen heißt für uns immer auch, experimentelle Schritte in Sachen Utopie zu unternehmen: Schließlich ist es immer wieder spannend, all die Fragen anzugehen, die sich ergeben, sobald bis zu 1000 Menschen mit zum Teil völlig unterschiedlichen Perspektiven und Lebensrealitäten aufeinandertreffen und 1 _ Wochen lang Politik & Alltag kollektiv organisieren. Die Herausforderung wird um so größer sein, je vielfältiger und je internationaler das Camp zusammengesetzt ist und je stärker Flüchtlinge, MigrantInnen und Menschen ohne Flucht- und Migrationshintergrund gleichermaßen am Camp beteiligt sind. Politisch ist das Camp auch deshalb bedeutsam, weil es eine Plattform für Selbstorganisierung darstellt!

Schwerpunkte und Interventionsorte
Um es fassbarer zu machen, haben wir das Motto des diesjährigen Grenzcamps in drei Schwerpunkte untergliedert. Und auch haben wir einige der möglichen Interventionsorte etwas genauer unter die Lupe genommen:

1. Kontrolle & Überwachung: Die vor allem im Auftrag der reichen Industrieländer operierende International Organisation of Migration (IOM) ist Inbegriff moderner Migrationspolitik schlechthin: Sie unterhält weltweit Büros zur Ausspähung von Flucht- und Migrationsbewegungen, betreibt gefängnisartige Flüchtlings(abfang)lager, unterstützt Regierungen bei der Aufrüstung ihrer Grenzregime und ist auch an der sogenannten freiwilligen "Rückführung" von MigrantInnen und Flüchtlingen beteiligt - allein im Jahr 2000 hat es 76000 IOM-vermittelte "Rückführungen" aus der BRD gegeben. Umgekehrt ist die IOM in die Rekrutierung von Arbeitskräften involviert, z.B. aus Ecuador für den spanischen Arbeitsmarkt. Das internationale noborder-Netzwerk hat vergangenes Jahr eine weltweite Anti-IOM-Kampagne ins Leben gerufen, ein Grund mehr, der von Köln aus äußerst gut erreichbaren deutschen IOM-Zentrale in Bonn/Bad Godesberg einen entschlossenen Besuch abzustatten!
Ein weiterer Akteur innerhalb global ausgerichteter Migrationspolitik ist das in Köln ansässige Ausländerzentralregister (AZR): Es speichert Daten sämtlicher in Deutschland lebender Menschen ohne deutschen Pass. Erfasst werden nicht nur Personalien (inkl. Bild, Fingerabdruck und neuerdings biometrischer Informationen), sondern auch Daten über familiäre, soziale und sonstige Verhältnisse. Zugriff auf den AZR-Datenbestand haben Polizei, Staatsanwaltschaften und andere Behörden genauso wie Arbeits- und Sozialämter. Die rassistische Sondererfassung durch das AZR dient einerseits der möglichst lückenlosen Überwachung von MigrantInnen und Flüchtlingen - das AZR ist deshalb auch mit dem Schengener Informationssystem (SIS) kurzgeschlossen,

einem elektronischen EU-Informationsverbund. Andererseits sind sämtliche dieser Techniken im Zusammenhang mit grundsätzlichen Überwachungstendenzen zu sehen: Ziel ist es, im Namen nationaler Wettbewerbsfähigkeit die Kontrolle und Disziplinierung der gesamten Bevölkerung auszubauen. Seit einem Anschlag der Revolutionären Zellen auf das AZR 1986 ist dieses bestens überwacht. Es wird sich dennoch auf so manches gefasst machen müssen.
Rassistische Personenkontrollen im Landesinneren gehören ebenfalls zum EU-Grenzregime: Einzig aufgrund ihres vorgeblich 'nicht-deutschen' Aussehens sind unzählige Menschen in Zügen, auf Bahnhöfen oder öffentlichen Plätzen permanent mit Personenkontrollen durch Polizei und Bundesgrenzschutz konfrontiert. Begründet



wird dies offiziell mit der Suche nach papierlosen MigrantInnen oder Flüchtlingen, die gegen die Residenzpflicht verstoßen (eine Verordnung, welche es Flüchtlingen im Asylverfahren verbietet, den ihnen zugewiesenen Landkreis zu verlassen.). Regelmäßig werden auch rassistische Vorurteile wie z.B. das des drogendealenden 'Schwarzafrikaners' als Begründung angeführt. Die Selektivität solcher Kontrollen ist rassistisch und demütigend. Hinzu kommt, dass sie oft mit gezielten Beleidigungen einhergehen oder in handfeste Gewalt ausufern. Der Hauptbahnhof ist einer der prominentesten Orte rassistischer Kontrollen in Köln. Das Grenzcamp wird sein Bestes tun, der dortigen Kontrollmaschine zumindest kurzzeitig Sand ins Getriebe zu streuen.

2. Arbeit und Verwertung: Wie autonom und subversiv Arbeitsmigration tatsächlich ist, darüber herrscht Streit. Klar ist lediglich, komplett verstehbar ist sie erst unter Bezugnahme auf kapitalistische Weltmarktstrukturen: Denn ohne Zerstörung konkreter Existenzmöglichkeiten in den Ländern der Peripherie und ohne vermehrte Nachfrage nach migrantischer Arbeitskraft in den reichen Industrieländern - beides im Zuge globaler Konkurrenz und Umstrukturierung - gäbe es Arbeitsmigration in der heutigen Form nicht. Ähnlich zweischneidig ist die Situation in den Zielländern: Zum einen organisieren sich viele ArbeitsmigrantInnen im Rahmen solidarischer Community-Netzwerke selbst, nur so ist es überhaupt möglich, dass allein in Deutschland ca 1,7 Mio. illegalisierte Menschen überleben können. Gleichzeitig ist die Mehrheit der ArbeitsmigrantInnen mit absolut miserablen Lebens- und Arbeitsbedingungen konfrontiert. Auf dem Grenzcamp soll Platz dafür sein, all dies so breit als möglich zu thematisieren. Unter anderem kann das bedeuten, sich praktisch auf aktuell laufende Kämpfe oder Streiks zu beziehen.
Wichtig ist es insgesamt, die Geschlechtsspezifik nicht aus den Augen zu verlieren: Im Zuge patriarchaler Verhältnisse sind die Lebens- und Arbeitssituationen von Frauen und Männern weltweit unterschiedlich wenn nicht hierarchisch strukturiert! Dies festzuhalten heißt nicht, dass Frauen auf der Flucht oder in der Migration prinzipiell schlechter gestellt wären als Männer. Denn für viele Frauen bedeutet Flucht und Migration einen antipatriarchalen Zugewinn an Autonomie, Selbstbewusstsein und Durchsetzungsfähigkeit. Zum Teil wird dies jedoch durch neue Ausbeutungs- und Gewaltverhältnisse in den Zielländern überlagert - z.B. in der Haus- oder Sexarbeit.
Zugespitzte Arbeits- und Ausbeutungsverhältnisse betreffen im Zeitalter ökonomischer Globalisierung die allermeisten - wichtige Stichworte sind z.B. die Ausweitung ungesicherter Arbeitsverhältnisse oder die zunehmende Repression gegen Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen (Stichwort ‚Hartz'). Unter antikapitalistischen Vorzeichen soll es auch darum auf dem Grenzcamp gehen.

Nicht minder notwendig ist es, immer wieder die historische Dimension von Arbeit und Verwertung in Erinnerung zu rufen: Bis heute ist die Mehrheit der noch lebenden NS-ZwangsarbeiterInnen nicht entschädigt worden. Um so skandalöser ist es, dass die neue schwarz-grüne Stadtregierung in Köln den Besuchsprogrammen für ehemalige ZwangsarbeiterInnen die Gelder gestrichen hat. Wir werden das nicht unbeantwortet lassen!

3. Abschiebung & Abschreckung: Aus der EU werden jährlich bis zu 500.000 Menschen abgeschoben. Und selbst das ist den Abschiebestrategen nicht genug: So hat z.B. Großbritannien vorgeschlagen, Flüchtlinge rund um den Globus in UN-verwalteten Lagern unterzubringen, etwaige Asylanträge müssten dann in diesen, nahe der jeweiligen Kriegs- und Krisenregionen errichteten Lagern gestellt werden. Entsprechend gibt es in der BRD schon seit längerem das Bestreben, Flüchtlinge während des gesamten Asylverfahrens in Lagern unterzubringen, um so die Abschiebung zu erleichtern. Hamburg schwebt gar eine Kombilösung aus "Ein- und Ausreisezentren" vor - zynischer geht's nicht! Abschiebe- und Abschreckungspolitik gehören zusammen: Ob Unterbringung in Sammellagern, Residenzpflicht oder Chipkartensystem, alles das soll potentielle AsylbewerberInnen abschrecken. Das Grenzcamp wird dieser Politik einen heißen Sommer bereiten: Wir werden unsere guten Erfahrungen vom Frankfurter Camp nutzen und die Abschiebeflughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn lahmlegen. Auch werden wir zum Frauenabschiebeknast Neuss fahren, nicht zuletzt um uns mit den weltweiten Antilager-Kämpfen von Flüchtlingen zu solidarisieren. Schließlich werden wir die Stadt Köln unter Druck setzen, aus der, wie es offiziell heißt, "Abschreckungspolitik" auszusteigen. Wir fordern konkret das Ende aller gegen Flüchtlinge gerichteten Schikanen und Repressionen, insbesondere fordern wir das Recht auf freie Wohnungswahl für alle Flüchtlinge, die das wünschen! Last but not least: Unser Widerstand gilt nicht nur dem Staat, sondern allen, die Abschiebungen und rassistische Abschreckung gutheißen, wenn nicht selber praktizieren - mag es sich um Stiefelnazis, Wohlstands-ChauvinistInnen oder wen auch immer handeln!

Zu guter Letzt: Politisches Selbstverständnis des Grenzcamps ist es, immer wieder die inhaltlichen Verbindungslinien zwischen themenspezifischen Einzel-Aktionen und genereller Kritik an rassistischen und anderen Herrschaftsverhältnissen sichtbar zu machen. Das aber ist einfacher gesagt als getan. Vor diesem Hintergrund gewinnen Projekte wie z.B. die von kanak attak und anderen Gruppen stark gemachte "Legalisierungsoffensive" ihre spezifische Bedeutung. Denn diese bezieht sich nicht nur auf Menschen ohne Papiere. Vielmehr geht es um sämtliche Varianten rassistischer Illegalisierung, das heißt um sämtliche Entrechtungen, mit welchen es Flüchtlinge und MigrantInnen zu tun haben - einschließlich der Vielfalt alltäglicher Widerstandsformen dagegen. In diesem Sinne ein abermaliger Appell: Das Grenzcamp begreift sich als offener Ort. Ob beim Auftaktforum oder auf dem Camp, Debatten um die bestmögliche Verknüpfung der verschiedenen Strategien, Schwerpunktsetzungen und Selbstverständnisse sind ausdrücklich erwünscht!

Park Fiction presents: Unlikely Encounters in Urban Space

Vom 26. bis zum 29. Juni 2003 fand in Hamburg der vom Park Fiction organisierte Kongress "Unlikely Encounters in Urban Space" statt. Wie es der Titel bereits andeutet, ging es dabei nicht nur um Fragen selbstbestimmter Grünanlagenkonzeptionierung. Es handelte sich vielmehr um den Versuch, auf den verschlungenen Pfaden urbaner (Alltags-)Praxen Spuren der Befreiung zu entziffern und ihnen ein paar Schritte weiter zu folgen...Aus der Perspektive, die dieser Kongress zu umreißen versucht, mutet das hereinbrechende 21. Jahrhundert wahrlich deleuzianisch an:
In der inhaltlichen Bandbreite des selbsgestekkten Terrains, ging es dann auch nicht nur darum, aktuelle Felder lokaler Auseinandersetzungen in Hamburg wie Bambule, Radiobalett, Hafencity und Gentrifizierung im Schanzenviertel und rund um die Rote Flora aufzugreifen. Es ging darum, einen Blick über den eigenen Tellerand hinauszuwagen, der nach Querverbindungen und Verknüpfung von politischen und kulturellen Ansätzen, nach den Verschränkungen von globalen und lokalen Räumen im Weltmaßstab fragt:

So stellte sich zum Beispiel die Gruppe Ala Plastica vor, die an der rhizomatischen Verbindung ökologischer, sozialer und künstlerischer Verfahren arbeitet. Sie besetzte im ehemaligen Zoo von La Plata Anfang der 1990er die ehemalige Bücherei, um von dort aus den von der Diktatur zerstörten öffentlichen Raum zu rekonstruieren. Ala Plastica verbinden dabei direkte Interventionen, Satellitenfoto-Analysen und eine präzise Begrifflichkeit zu einem Paralleluniversum, ohne auf das symbolische Potential der Kunst zu verzichten.
1998 ging Ala Plastica in die Sümpfe des Rio de La Plata, um in Zusammenarbeit mit der lokalen Bevölkerung Verfahren zu entwickeln, wie das von Shell ölverseuchte Ökosystem wieder gereinigt werden könnte. Der Großkonzern hatte zunächst seine Verantwortung geleugnet, und war dann mit seinen globalen Methoden der Katastrophenbekämpfung an der Komplexität des filigranen Sumpflandes gescheitert, bzw. fügte weiter Zerstörungen hinzu.
Ala Plastica hingegen bezog das lokale Wissen der Einheimischen, die von diesem Land leben, in einen experimentellen Prozess mit externen Biologen mit ein. Schließlich gelang es Ala Plastica, die Unesco zur Unterstützung ins Boot zu holen, und damit eine Beziehung und Dynamik zwischen einer globalen Institution und lokalem Wissen herzustellen.
Durch Projekte wie dieses, schafft es Ala Plastica einerseits direkt einzugreifen, und zugleich eine Struktur herauszuarbeiten: deutlich zu markieren, was eine global verursachte Katastrophe ist, und was der Unterschied ist zwischen lokalem und globalem Wissen. Und die globale Dummheit mit einem radikalen Gegenentwurf zu konfrontieren.

Ein anderes auf dem Kongress präsentes Projekt war die abtrünnige ejido-Siedlung Maclovio Rojas an der mexikanisch-kalifornischen Grenze, 7 Meilen entfernt von Tijuana, der schnellstwachsenden Stadt Mexicos. Nur ein Steinwurf trennt Tijuana von San Diego, der reichsten Stadt der USA. Und die am strengsten bewachte Grenze der Welt.

Mit der mexikanischen Revolution von 1910 bekamen landlose Bauern das Recht, ungenutztes Land kollektiv in Besitz zu nehmen, um es zu bewirtschaften und zu bewohnen. Der Artikel, der die ejido-Rechte verbürgte, wurde 1993 aus der mexikanischen Verfassung gestrichen, um im Zusammenhang des NAFTA-Abkommens die Attraktivität Mexikos für ausländische Investoren zu erhöhen. Maclovio Rojas ist ein maßgeblich von Frauen mit zapatistischem Hintergrund geleitetes ejido, bewohnt von etwa 1000 aus dem Süden Mexicos ausgewanderten Familien. Die selbstgebaute, illegale, autonome Stadt, mit eigener Selbstverwaltung, Schulen und öffentlichen Einrichtungen, ist ständig vom Abriss bedroht. Parallell dazu betreiben die SiedlerInnen eine schlaue Netzwerkpolitik mit KünstlerInnen, kirchlichen und aktivistischen Gruppen auf beiden Seiten der Grenze, und organisieren Gewerkschaftsarbeit in den Maquiladoras.

Die EinwohnerInnen bauten in ihrem Gemeinwesen Institutionen wie ein "aguascalientes" (Gemeindezentrum für politische Theorie und Philosophie) und sogar Schulen unabhängig vom Staat auf. Die Arbeit an diesen beeindruckenden und innovativen Errungenschaften ist leider momentan stark durch polizeiliche Repression beeinträchtigt. Diejenigen Gemeindevertreter, die noch nicht verhaftet wurden, werden von der Polizei verfolgt.

Die Beschreibungen ließen sich an dieser Stelle ob des umfangreichen Programmes noch weiter fortsetzen. Aber um einen kurzen Eindruck von der hier hinsichtlich Urbanität, öffentlichem Raum und der Aneignung von Leben eingenommenen Perspektive zu vermitteln, lassen wir abschließend den konzeptionellen Rahmen noch einmal für sich selber sprechen (alle darüber hinaus unstillbar Wissbegierigen seien auf www.parkfiction.org verwiesen):

einE multitude

PARK FICTION PRESENTS UNLIKELY ENCOUNTERS IN URBAN SPACE

Zur aktuellen Situation beim FSK



Einige Anmerkungen der Zeck zum aktuellen Stand des FSK-Konflikts (1)

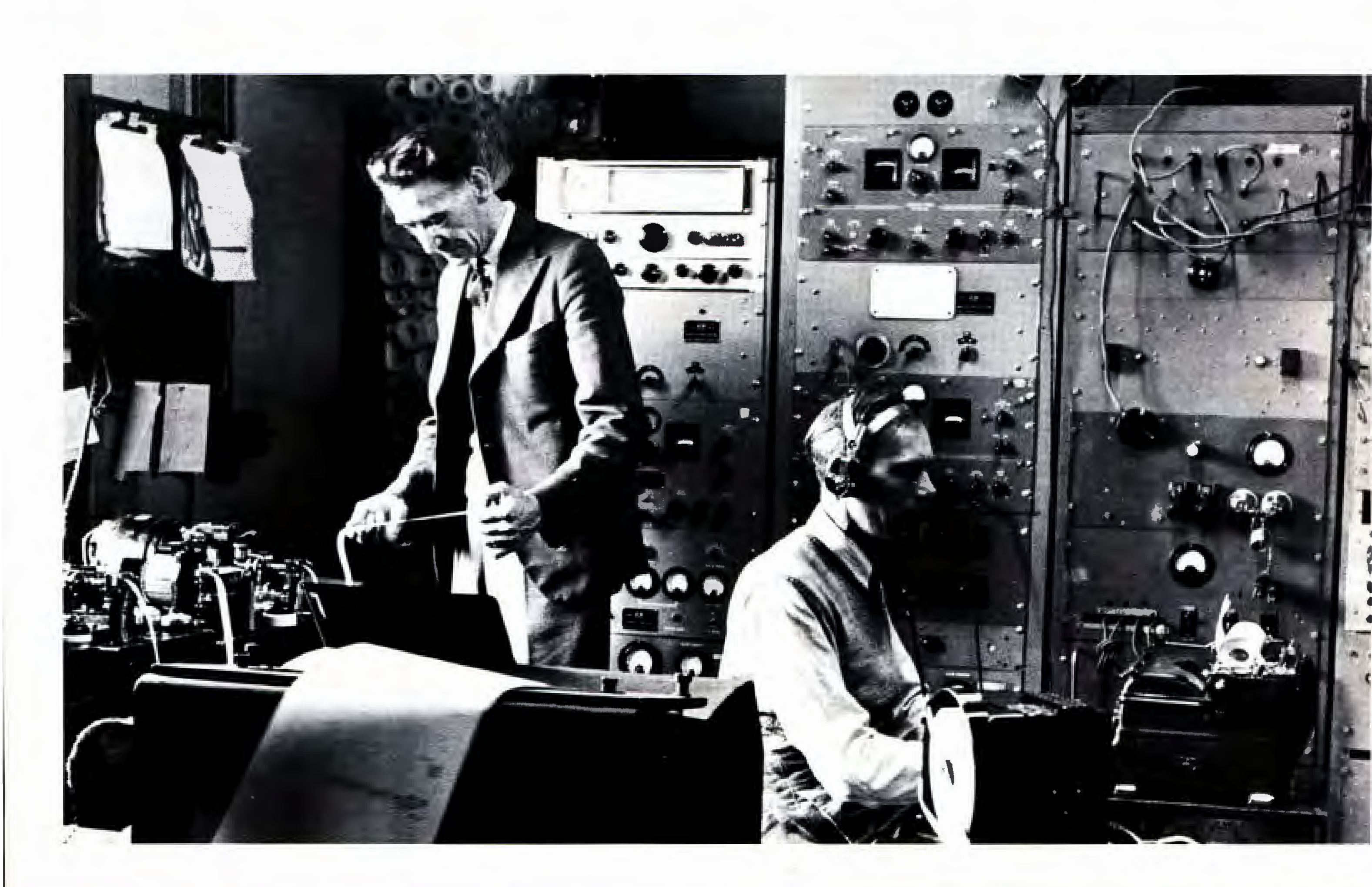
Die Anbieterinnengemeinschaft (ABG) des Freies Sender Kombinats hat auf ihrer Sitzung vom 5.6.03 entschieden, dass nichts entschieden wird. Der Antrag auf Ausschluss der Radiogruppe Forumradio fand nicht die erforderliche 2/3 Mehrheit. Was aus der angekündigten Drohung einzelner Redaktionen und Einzelpersonen, das Radio in diesem Fall zu verlassen, nun geworden ist, lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sicher sagen. Die einzige Gruppe, die sich bisher vom Projekt getrennt hat, ist die als passive Anbieterin fungierende Hamburger Studienbibliothek (HSB). Von Radio Loretta ist im aktuellen Transmitter (transmitter 7/2003) ein Stellungnahme zu lesen, in der von einem "unglaublichen Einschnitt in der Geschichte des FSK" die Rede ist und die Frage gestellt wird, "worin das politische Projekt im FSK jetzt noch besteht". Welche Konsequenzen sie nun zu ziehen gedenken, bleibt aber weitgehend im Dunkeln. Viele mögen sich von dem Konflikt bereits entnervt abgewandt haben und ihn als endlosen Hahnenkampf zweier Betonfraktionen begreifen - oder sich gar nicht erst damit beschäftigt haben. Wir halten es aber aus drei Gründen nach wie vor für wichtig, sich dem Konflikt zu stellen und ihn nicht bloß als internen eines linken Projektes wahrzunehmen.
Der erste Grund ist, dass das FSK als Struktur einen wichtigen Bestandteil der Hamburger Linken darstellt, als Plattform für inhaltliche Auseinandersetzungen wie auch als praktisches, agitatorisches und Aktionen begleitendes Medium.
Zum anderen handelt es sich bei dem inhaltlichen Ausgangspunkt des Konfliktes (2) um eine Auseinandersetzung, die nicht nur über das Projekt hinaus eine lokale Bedeutung hat, sondern sich bundesweit seit dem Ausbruch der 2. Intifada 2000 in fast identischen Fronten bewegt. Darüber hinaus ist die Frage, wie sich die Linke zum "Nahostkonflikt" verhält und wie sie mit Antisemitismus umzugehen gedenkt, eine, mit der sich nicht nur die deutsche Linke aufgrund der Geschichte des Landes, auf dem sie sich bewegt, beschäftigen muss. Ob der Boykottaufruf gegen isralische Waren der "tutte bianchi" in Italien, der Konflikt um eine Verurteilung Israels in der Vorbereitung des EU Gipfels in Kopenhagen (siehe die solidarische Kritik einiger deutscher Antifagruppen im Vorfeld, nachzulesen unter www.nadir.org/nadir/initiativ/aam/2002/kopenhagen/antisemi.html) oder der versuchte, glüklicherweise aber verhinderte Angriff auf eine Synagoge in Strassbourg im Rahmen des Noborder-camps 2002 - es geht in der Positionierung zum Nahostkonflikt um die Frage, ob die Linke ihre antizionistische Tradition ungebrochen fortsetzen will, ob sie in der Anerkennung der Bedeutung Israels automatisch ihre Kritik an staatlicher Repression und nationalchauvinistischer Formierung mit über Bord werfen muss, ob sie in Lähmung verfällt oder ob es ihr eben gelingt, der Widersprüchlichkeit des Konfliktes gerecht zu werden anstatt sich in Projektionen und Identifikationen zu verlieren.
Der dritte Grund ist, dass die Auseinandersetzung Formen annimmt, die vom gegenseitigen Absprechen des Linksseins, persönlichen Denunziationen bis hin zu Prügeln, wie vor einem Jahr im FSK, reichen und damit eine Qualität erreichen, die wir für innerlinke Prozesse nicht tragbar finden.

Ob der Konflikt mit dem Rausschmiss Forumradios beendet gewesen wäre, sei an dieser Stelle dahingestellt - wenig spricht dafür, da verschieden Gruppen (bspw. Radio St. Paula in "Es lebe die Mehrheit" vom Juli 2002) und Redaktionen (wie Salon Rouge) in der Vergangenheit deutlich gemacht hatten, dass

es nicht nur inhaltliche Differenzen jenseits von Forumradio gibt, sondern vor allem auch die Entscheidungsstruktur des Radios Teil des Konfliktes ist. Mit dem Rauswurf Forumradios wäre allerdings der Großteil eines von MigrantInnen selbst organisierten Radios weggefallen, was den Antragstellerinnen kein Problem zu sein schien. Die Qualität eines von MigrantInnen selbst organisierten Radios heißt sicher nicht, dass per se inhaltlich alle Sendungen außerhalb der Kritik stünden, stellt aber ein Gegengewicht zu den von deutschen Linken besetzten Strukturen dar. Das Papier von Voz Latina und Radio Göcmen "rassismus im freien sender kombinat" vom 15. Juli 2002 warf dieses strukturelle Problem ebenso auf wie es gleichzeitig die Verweigerung einer Auseinandersetzung mit dem Antisemitismusvorwurf darstellt, der in dem Papier überhaupt nicht aufgegriffen wurde.
Umgekehrt schien es auch innerhalb Forumradios Differenzen hinsichtlich der Antisemitismusvorwürfe und eigener Aktionen gegeben zu haben (Stellungnahme von Forumradio zu den Auseinandersetzungen im FSK am 20.6.02(3)). Warum die Differenzen und konstruktiven Vorschläge, die es gegeben hat, im Sand verlaufen sind und am Ende die "klare" Frontenbildung siegte, läßt sich von außen nicht sagen. Wahrscheinlich liegt es aber auch daran, dass die "zwischen den Stühlen" Sitzenden es nicht vermochten, sich auf eine Linie zu einigen. Mit dem Austritt der HSB ist jetzt zumindest eine Gruppe gegangen, die in ihren Äußerungen keinen Zweifel daran gelassen hat, dass es ihr weniger um eine Auseinandersetzung als um Selbstbestätigung ging. Der von ihr im April veröffentlichte Text "Polititsch korrekter Antisemitismus" ist darüberhinaus exemplarischer Zeugnis einer Kritik, die zwanghaft jede Differenz und vielleicht falsches Argument als antisemitisch "entlarven" muss und eher nach der Maßgabe "alles Antisemiten außer Mutti" zu funktionieren scheint. Ein gefundenes Fressen wiederum für diejenigen, für die der Antisemitismusvorwurf in nichts anderem besteht als in den dunklen Machenschaften der "Antideutschen", die den letzten wackeren und aufrechten Linken den Todestoß versetzen wollen. Radio Klassenkampf und der Schwarze Kanal dokumentieren in ihrer letzten schriftlichen Äußerung vom 3.6.03 ("Ein neuer Vorwand für den längst geplanten Rausschmiss", www.forumradio.de) diese Sichtweise, in der die Kritik der Linken schlimmstenfalls als Spaltung und bestenfalls als "'elitäre Selbstbespiegelung der Szene'" wahrgenommen wird, die "außerhalb der Szene" kaum jemanden interessiere.

Was jetzt aus dem FSK wird, wird davon abhängen, inwieweit es gelingt, aus den inhaltlichen Vorwürfen antisemitischer Agitation, wenn auch keinen Konsens, so doch zumindest eine weitere Auseinandersetzung und vielleicht ein Minimalprogramm zu erzielen, das bspw. beinhalten könnte, die elenden Israel-Nationalsozialismus Gleichsetzungen in Zukunft zu unterlassen. Und es wird davon abhängen, wieviele und welche Leute das Radio verlassen und ob eine Entscheidungsstruktur erarbeitet werden kann, die die Möglichkeiten von Verboten und Ausschluss weniger verführerisch konfliktlösend erscheinen lässt als die bisherige Regelung.

(1) Der Konflikt wird im folgenden nicht in seiner ganzen Verästelung, seinen Argumentationsgängen usw. nachgezeichnet. Die meisten Papiere zum Konflikt finden sich unter www.fsk-hh.org bzw. www.forumradio.de. oder sind anderweitig u.a. hier erschienen. Die ABG, von der im weiteren die Rede ist, besteht aus fünf Radiogruppen (bisher: HSB, Radio Loretta, Forumradio, Uni-Radio und Radio St. Paula).
(2) Ein Interview mit einem in Deutschland lebenden Palästinenser, dessen Vergleich der Situtation der PalästinenserInnen in Djenin heute mit der der JüdInnen des Warschauer Ghettos damals und dessen Forderung an den Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, sich doch bitte kritisch zur israelischen Politik zu äußern, den Vorwurf des Antisemitismus nach sich zog. Auch hier ausführlichere Begründungen unter fsk-hh.org.
(3) Vor allem wurde die Verharmlosung eines antisemitischen Anschlags auf eine Synagoge in Essen kritisiert, aber auch der Vergleich von Djenin und dem Warschauer Ghetto. Die Kritik an der Aufforderung an Paul Spiegel, sich kritisch zu äußern, wurde zurückgewiesen, da er nicht verantwortlich für die israelische Politik gemacht wurde..



Befreiung als Perspektive

10 Jahre Tod von Wolfgang Grams - glaubt den Lügen der Mörder nicht

27. Juni 1993/2003 - 10 Jahre nach dem Tod von Wolfgang Grams
"Glaubt den Lügen der Mörder nicht!"
Befreiung als Perspektive
Repression als Reaktion
Solidarität als Antwort
rewind: Sonntag, 27. Juni 1993. Bahnhof, Bad Kleinen. Ein knapp Dreitausend-Seelenort nördlich von Schwerin, Mecklenburg-Vorpommern. Die Frau: Birgit Hogefeld. Der Mann: Wolfgang Grams. Beide organisiert in der Rote Armee Fraktion (RAF). By any means necessary. Der Verräter: Klaus Steinmetz, ein V-Mann des Verfassungsschutzes. Das Treffen: Eine Falle. Billardcafe, Bahnunterführung, Treppenaufgang, 15 Uhr. Der Angriff: Birgit Hogefeld wird zu Boden gebracht und gefesselt. Flucht: Wolfgang Grams läuft den Treppenaufgang zum Bahnsteig 3/4. Die Verfolger: GSG9, eröffnen das Feuer. Wolfgang Grams: Schießt zurück. By any means necessary. Die Zeugin Baron, der anonyme BKA-Zeuge: Grams wurde, als er bereits regungslos im Gleisbett lag, von Beamten der GSG9 regelrecht hingerichtet. By any means necessary. Nachrichtensperre. Der Innenminister tritt zurück. Der Generalbundesanwalt wird in den Ruhestand entlassen. Die offizielle Version: Wolfgang Grams habe den GSG9 Beamten Newrzella erschossen und sich selbst getötet. Die Bundesregierung: Spricht den Einsatzkräften, dem BKA und der BAW ihr volles Vertrauen aus. By any means necessary. Die Niederlage der RAF ist eine Niederlage der Linken. Forward: 27. Juni 2003, 10 Jahre nach dem Tod von Wolfgang Grams: Glaubt den Lügen der Mörder nicht.

Am 27. Juni 1993 schlug das Bundeskriminalamt (BKA) in Bad Kleinen gegen die Rote Armee Fraktion (RAF) zu. Wolfgang Grams wurde laut Aussagen von ZeugInnen von der GSG 9 hingerichtet, Birgit Hogefeld ist seither in Haft. Die Staatsschutzaktion in Bad Kleinen offenbart öffentlich das Ausmaß des staatlichen Vernichtungswillens gegen seine radikalen und militanten Gegner und markiert zugleich eine schwere Niederlage für die Linke in der Bundesrepublik Deutschland.

10 Jahre danach nehmen wir diese Ereignisse zum Anlass, um uns mit diesem Kapitel linker Geschichte auseinanderzusetzen. Auch wenn unsere Blickwinkel darauf durchaus sehr unterschiedliche sind, so eint uns als Teile der radikalen Linken doch die Erkenntnis, das dies auch unsere Geschichte ist. Das Bewusstsein für diese wach zu halten und die in diesem Zusammenhang aktuellen politischen Herausforderungen verantwortlich anzugehen, sind die Hauptanliegen unserer Aktivitäten 10 Jahre nach dem Tod von Wolfgang Grams. Geschichte wird gemacht, nehmen wir unsere in die eigenen Hände!

"No matter how hard you try, you can`t stop us now" Rage against the machine

Blick zurück nach vorn.

RAF, Bewegung 2. Juni oder die RZ entstanden in einer Zeit weltweiter antikolonialer/antiimperialistischer Befreiungskämpfe. Diese wirkten zurück in die kapitalistischen Metropolen, auch in der Bundesrepublik Deutschland befand sich die Linke in den 60er und 70er Jahren im Aufbruch und in relativer Stärke. Die Bewaffnung der Linken war vor diesem Hintergrund kein abwegiges Konzept und wurde von vielen Menschen getragen - anders wäre sie auch gar nicht möglich gewesen. Der politische Kampf für die Abschaffung der kapitalistischen, rassistischen und patriarchalen Verhältnisse, die auf Ausbeutung und Unterdrückung beruhen, war damals genauso legitim, wie er es heute ist und in Zukunft bleiben wird.

Beendet wurde 25 Jahre später ein politisches Konzept, das analytisch und organisatorisch offensichtlich schon seit längerem an seine Grenzen gestoßen war. Eine Guerilla kann nur so gut sein wie die Linke, deren Teil sie ist.

Beendet wurde eine Struktur, die sich für lange Zeit dem Zugriff des Staates entziehen konnte und punktuell auf hohem organisatorischen Niveau handlungsfähig war. Aus heutiger Sicht eine unglaubliche Leistung.

Beendet wurde auch das existierende Beispiel der persönlichen Konsequenz, mit den Privilegien des bürgerlichen Lebens in der Metropole radikal zu brechen. Sicherlich die größte Ausstrahlungskraft der bewaffnet Kämpfenden, weit über die Linke hinaus. Wenn heute über den Bruch mit den Verhältnissen diskutiert wird, ist das zumeist ein Gedankenspiel und nicht mehr eine konkrete Option.

Bad Kleinen also: Endstation, nicht nur für das Leben einiger GenossInnen, sondern auch für ein Kapitel linker Politik in Deutschland. Die späteren Auflösungserklärungen der RAF und einiger RZ wirken da wie nachgereichte Pflichtaufgaben.

Nicht beendet ist allerdings der offene Verlauf der Zukunft, wie es uns so viele Apologeten kapitalistischer Verwertungslogik und bürgerlicher Ideologie seit dem Zusammenbruch des Ostblocks selbstbewusst predigen. Es gibt kein Ende der Geschichte! Unsere Perspektive heißt Befreiung weltweit!

"Wenn der Vorhang fällt, schau hinter die Kulissen." Freundeskreis

Nichts ist vergessen und niemand!

Geschichte kann nicht objektiv oder gar neutral geschrieben werden. In ihr liegt mindestens immer der Blickwinkel der Schreibenden, ihr Standpunkt bestimmt die Perspektive. Was es geben kann, ist die Sammlung von Tatsachen, wenn auch diese einem Deutungsinteresse unterliegt.

Um den 20. Jahrestag von Stammheim herum gab es in den bürgerlichen Medien einen breit angelegten Versuch, mit der die herrschende Version von fast 25 Jahren bewaffneten Kampf in der BRD endgültig in den Geschichtsbüchern festgeschrieben werden sollte. Dabei bemühten sich nicht bloß die Organe des Staates, ihr Handeln erneut zu rechtfertigen. Auch zahlreiche derer, die in den 60er und 70er Jahren für die Befreiung des Menschen aufgebrochen waren, wußten nun authentisch von der Aussichtslosigkeit der Stadtguerilla zu berichten und so ihre Distanz zu belegen.

In einem solchen Ausmaß war die Widerspruchslosigkeit dieses Diskurses nur möglich, weil die bestehende Linke weder die Aufmerksamkeit noch den Willen hatte, Kritik am Staat in die Öffentlichkeit zu tragen, geschweige denn die Ziele und Motivationen der bewaffnet Kämpfenden zu vermitteln. 10 Jahre nach Bad Kleinen wollen wir einen Gegenpol zur bürgerlichen Geschichtsschreibung schaffen und nicht nur in der Linken unsere Version der Geschichte zur Diskussion stellen.

"Kopfschuss, das war kein Selbstmord, das war Mord!" WIZO

Don´t believe the hype.

"Nach ewig langen 20 Sekunden ist dann der tödliche Schuß gefallen. Ein Kollege von der GSG 9 hat aus einer Entfernung von Maximum 5 cm gefeuert." So schilderte ein anonymer Zeuge des BKA kurz nach den Ereignissen von Bad Kleinen seine Beobachtungen dem Nachrichtenmagazin Spiegel. Die Verkäuferin eines Kiosks auf dem Bahnsteig berichtete einen ähnlichen Ablauf: Demnach feuerten zwei Beamte der GSG9 aus nächster Nähe auf den bereits reglos auf den Bahngleis Liegenden, ein weiterer hinzutretender Polizist tötete Wolfgang Grams mit einem aufgesetzten Kopfschuss.

Bad Kleinen löste für kurze Zeit eine ernsthafte Staatskrise aus. Als Problem wurden schließlich aber vor allem Pannen bei der Öffentlichkeitsarbeit benannt, den beteiligten Polizeibehörden politisch das Vertrauen ausgesprochen. Offiziell wird seither von "Erschießung" sowie von "Tod unter ungeklärten Umständen" gesprochen. Deutsche Gerichte haben bereits ihr endgültiges Urteil "Selbstmord" gefällt. Ohne dafür die politische Verantwortung tragen zu müssen, bleiben so doch Fakten geschaffen: Alle wissen, was in Bad Kleinen geschah und was damit auch zukünftig möglich ist. Ein ähnliches Muster bei der Herstellung von gesellschaftlichen Tatsachen, war - wenn auch inszenierter - bei

der Diskussion um die angeordnete Folter der Frankfurter Polizei beobachtbar. Der Tabubruch ist auch hier vollzogen: Folter ist bei Bedarf möglich.
"Zivicops, Kameras und Lauschangriff, das macht Ihr sicher nicht für mich, denn ich brauch das nicht!" (Fettes Brot)
stop state-terrorism!
Verbanden einige Linksliberale mit der Regierungsbeteiligung der Grünen noch die Hoffnung, nun würde an den §§ 129 und 129a (Bildung einer kriminellen bzw. terroristischen Vereinigung) gerüttelt, bleibt davon heute nicht mehr als Schulterzucken übrig. Mit den Sicherheitspaketen nach dem 11. September 2001 wurde auch der § 129b, Bildung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung im Ausland, aus den Amtsschubladen gezaubert. Die Willkürlichkeit, mit der unliebsame Bewegungen je nach weltpolitischer Interessenlage als legitime Befreiungskämpfer beklatscht oder als blutrünstige Terroristen diffamiert werden können, kennzeichnet den Begriff Terrorismus einmal mehr als Propagandamittel. Das Wesen dieser staatlichen Verfolgungslogik, die nicht eine konkret begangene Straftat zu Grunde legt, sondern ganz unverhohlen zu erwartenden politischen Protest zu unterbinden versucht, drückt sich ebenso in den Gefahrenabwehrgesetzen oder den Beschränkungen der Reisefreiheit aus.
Die konkreten Auswirkungen solcherlei Kompetenzen für die Staatsschutzbehörden hat die deutsche Linke in den letzten Jahren zur Genüge erfahren. Wie im Verfahren gegen die Zeitung radikal. Oder mit den Ermittlungen nach §§129 bzw. 129a gegen die Autonome Antifa [M] in Göttingen oder die Antifa Aktion Passau. In den 90er Jahren wurden weite Teile von legal angelegten politischen Strukturen überwacht und durchleuchtet. Auch wenn es hier zu keinen Verurteilungen kam, wurden die betroffenen Gruppen durch diese Frontalangriffe des Staates doch erheblich geschwächt. Einem ähnlichen Druck ist jetzt die Linke in Sachsen-Anhalt ausgesetzt. Die Konstruktion der Bundesanwaltschaft hier: Aus der Gruppe "Autonomer Zusammenschluß Magdeburg" soll sich eine terroristische Vereinigung gebildet haben.
In weitaus größerem Umfang sind von all diesen Befugnissen aber die in Deutschland politisch aktiven MigrantInnen und Flüchtlinge betroffen. So brauchte es bisher gar keines §129b, um beispielsweise mit aller Härte gegen die türkische oder kurdische Linke vorzugehen und damit dem NATO-Partner Türkei den Rücken freizuhalten. 2003 jährt sich ebenfalls zum zehnten Male das Verbot der Betätigung für die PKK. Ein Kurswechsel der Bundesregierung an diesem Punkt ist nicht in Aussicht.
"Endlich sind die Terroristen weg!" Jan Delay
free all political prisoners!
Birgit Hogefeld wurde 1996 zu lebenslanger



Haft verurteilt. Auch Brigitte Mohnhaupt, Christian Klar, Eva Haule und Rolf-Clemens Wagner sind für ihre Mitgliedschaft in der RAF noch immer im Knast. Die Angeklagten im Prozess gegen die Revolutionären Zellen (RZ) sind von Haftstrafen bedroht, Lothar Ebke ist in Kanada in Auslieferungshaft. Aus der kurdischen und der türkischen Linken sitzen zahlreiche GenossInnen auch in deutschen Gefängnissen; ebenso wie Thomas Meyer-Falk oder Rainer Dittrich.
Am 21. Januar 2003 wurde der Baske Paulo Elkoro in Nürnberg festgenommen. Er befindet sich in Untersuchungshaft in der JVA Stadelheim. Gegen ihn wird nach § 129b ermittelt, der spanische Staat verlangt seine Auslieferung.
Am 27. November letzten Jahres wurden Marco Heinrichs und Daniel Winter wegen des Vorwurfs festgenommen, eine terroristische Vereinigung mit dem Namen "Kommando Freilassung aller politischen Gefangenen" gegründet und zwei Anschläge im März 2002 begangen zu haben. Dabei handelte es sich um einen nicht gezündeten Brandsatz unter einem Fahrzeug des BGS in Magdeburg sowie den Wurf eines Molotow-Cocktails gegen die Fassade eines LKA-Gebäudes. Am 16. April 2003 wurde Carsten Schulze aus Magdeburg als weiterer Beschuldigter festgenommen, die Vorwürfe gegen die Drei wurden nun um diverse unaufgeklärte Anschläge der letzten Jahre in der Region Magdeburg erweitert.
Dort wo sich Widerstand regt, der den Rahmen des Bürgerlichen Gesetzbuches verlässt oder gesellschaftliche Bedeutsamkeit erlangt, kann die Linke mit den Gegenschlägen des Staates rechnen. Deutlich wurde dieses einmal mehr mit den Auseinandersetzungen um die Gipfeltreffen; auch die Antifa- und "Antiglobalisierungsbewegung" sind danach unmittelbar von Gefängnisstrafen betroffen. Der Frage nach dem Verhältnis zu den politischen Gefangenen muss sich die Linke stellen. Ohne dieses sind offensive Schritte der Linken wie beispielsweise in Göteborg oder Genua nicht zu verantworten. Die Bedrohung durch Knast kann nicht zum bloßen persönlichen Risiko der Einzelnen und zum Problem der Angehörigen verkommen. Politische Solidarität ist eine Aufgabe der Linken insgesamt.
Die deutsche Linke hat offenbar seit langer Zeit nicht mehr die Kraft, durch öffentlichen Druck eine Verbesserung der Situation der politischen Gefangenen durchzusetzen. Dennoch gibt es für uns keinen Grund, die Hände an diesem Punkt sprachlos in den Schoß zu legen. Fehlen uns auch die Mittel, die politischen Gefangenen gesellschaftlich zu thematisieren, so haben wir dennoch die Verantwortung, das Bewusstsein um die Gefangenen in der Linken und die Anforderungen einer politischen und materiellen Solidaritätsarbeit anzupacken.
Wenn es die Absicht des Staates ist, einzelne GenossInnen mit Prozessen und Knast auch in ihrer finanziellen Existenz zu bedrohen, dann ist es die Aufgabe der Linken, diese Last auf viele Schultern zu verteilen und Geld zu sammeln.
Wenn es die Absicht des Staates ist, Menschen durch Knastmauern voneinander zu trennen, dann ist es die Aufgabe der Linken, diese Mauern zumindest in unseren Diskussionen einzureißen, indem wir die GenossInnen drinnen zum Teil der politischen Auseinandersetzungen draußen machen.
Wenn es die Absicht des Staates ist, politische Ansätze wegzusperren, dann ist es die Aufgabe der Linken, die Auseinandersetzung gerade um diese Politik zu suchen.

Die Initiative "zehn Jahre nach dem Tod von Wolfgang Grams" haben ergriffen: Antifa Bad Homburg, Antifaschistische Aktion LEV - [AALEV], Autonome Antifa [M] GÖ, Komitee 18. März Münster, Libertad!, Organisierte Autonomie (OA) Nürnberg, Soligruppe Magdeburg / Quedlinburg
Weitere Informationen und Termine und Adressen von politischen Gefangenen:
www.badkleinen.tk
www.badkleinen.de.vu

Hamburger Erklärung für Versammlungsfreiheit



Im Zusammenhang mit den verschiedenen Ereignissen und Demonstrationen des letzten halben Jahres haben verschiedene Hamburger Gruppen mit großer Sorge die zunehmende Beschränkung der Versammlungsfreiheit in dieser Stadt beobachtet.
Im Besonderen stellt das Vorgehen der Polizei auf der Friedensdemonstration von Hamburger SchülerInnen am 24.03.2003 den vorläufigen Tiefpunkt in der fortgesetzten Beschädigung des Rechts auf Versammlungsfreiheit dar. Hier wurden 12 - 18 jährige verprügelt und/oder in "Gewahrsam" genommen.
Seit dem Beginn der Proteste um die Räumung des Bauwagenplatzes "Bambule" Ende 2002 hat die Hamburger Polizei systematisch den Versuch unternommen, jegliche Form des senatskritischen Protestes zu unterbinden. So sollte die Hamburger Innenstadt faktisch zu einer demonstrationsfreien Zone deklariert werden. Überzogene Gefahrenprognosen und polizeiliche Willkür bilden das momentane Bild der Demonstrationen in Hamburg.

Die Einkesselung von DemonstrantInnen ist zur zweifelhaften Routine der Hamburger Polizei geworden. Seit November 2002 wurden bereits acht Demonstrationen durch Polizeikessel beendet, über 2000 Menschen in polizeiliches Gewahrsam genommen und es gab über 100 Festnahmen. Immer wieder berichten Betroffene in diesem Zusammenhang über willkürliche Verhaftungen und davon, über Stunden ohne Angabe von Gründen durch die Polizei festgehalten worden zu sein. Einzelne Festgenommene mussten sich auf den Wachen bei Durchsuchungen nackt ausziehen, anderen wurde während der Ingewahrsamnahme der Gang zur Toilette verweigert, einige wurden sexuell belästigt. Telefonate mit Angehörigen oder AnwältInnen wurden ebenfalls oftmals nicht gewährt.

Das Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit ist unabdingbarer Bestandteil politischer Meinungsbildung. Dies gilt umso mehr in zugespitzten politischen Kontroversen. Es ist insbesondere für Minderheitenmeinungen unerlässlich, sich über das Mittel von Demonstrationen in öffentlichen Debatten Beachtung und Gehör zu verschaffen. Wir wenden uns dagegen, dass seitens des Hamburger Senats politisch unliebsame Meinungen unter dem Vorwand der angeblichen polizeilichen Gefahrenabwehr regelrecht bekämpft werden, statt die politische Auseinandersetzung zu ermöglichen. Die damit verfolgte Strategie der Spaltung in "gute" und vermeintlich "böse" DemonstrantInnen gehört einer obrigkeitsstaatlichen Vorstellung über die Ausübung von Grundrechten an, die solche Rechte je nach tagespolitischer Opportunität gewährt oder entzieht unter Missbrauch des staatlichen Gewaltmonopols. In Zeiten, in denen unter den Vorzeichen von Sozialabbau und wirtschaftlicher Krise gesellschaftliche Widersprüche offener zutage treten, ist die Unantastbarkeit demokratischer Grundrechte wichtiger denn je.

Wir rufen auf:
- Wer unter den Willkürmaßnahmen der Polizei zu leiden hatte, möge sein/ ihr Recht in Sammelklagen wahrnehmen.
- Niemand sollte sich abschrecken lassen, sondern vielmehr sein/ihr Recht auf Versammlungsfreiheit ausüben!

Wir fordern daher den Hamburger Senat auf,
- uneingeschränkt die Gültigkeit des Rechts auf Ausübung der Versammlungsfreiheit zu gewährleisten
- die geltende Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts anzuerkennen
- Schluss zu machen mit den martialischen Polizeiaufmärschen und der polizeilichen Willkür auf Demonstrationen
- die polizeilichen Übergriffe der letzten Monate aufzukären.

Die Hamburger Erklärung wird bereits von den nachfolgenden Unterstützer/innen getragen:
AStA der HAW Hamburg; AStA der HWP; AStA der Uni Hamburg; Bauwagenplatz Bambule; Rechtsanwaltsbüro Andreas Beuth; Rechtsanwälte Hilke Böttcher und Marc Meyer; Friedrich Brandi, Pastor; Rechtsanwältin Ulrike Donat; Rechtsanwältin Alexandra Elek; Forum Recht Redaktion (BAKJ); Rechtsanwaltsbüro Manfred Getzmann, Joachim Schaller, Gül Pinar, Ilka Hoffmann; Rechtsanwälte Uwe Maeffert und Andreas Thiel; PDS Hamburg; Rechtsanwälte Marion Pein, Bernd Vetter, Anke Niehaus; Regenbogen; Republikanischer AnwältInnenverein (RAV); Rote Flora; Rote Hilfe e. V. Ortsgruppe Hamburg; SDJ – Die Falken; Sozialpolitische Opposition Hamburg; Bürgerinitiative St. Pauli "Ein Stadtteil steht auf"; Christoph Twickel, Journalist.

Bankverbindung für Spenden:

Inhaber	:	Rote-Hilfe e.V.
Stichwort	:	Hamburger Erklärung
Bank	:	Postbank Hamburg
Blz	:	200 100 20
Kto.	:	846 10 203

Kontakt:
Vorstand des AStA der HAW Hamburg, z.Hd. Bjørn Jensen,
Berliner Tor 11, 20099 Hamburg
Tel.: 040 - 44 09 22

info@hamburger-erklaerung.de
www.hamburger-erklaerung.de



Ladyfest Hamburg vom 21. – 24. August 2003



Wenn das Hamburger Ladyfest im August 2003 startet, wird es voraussichtlich ein Programm präsentieren, welches einen zehnjährigen feministischen Diskurs reflektiert. Dessen Wurzeln liegen in der riot grrrl-Bewegung und die hat bekanntlich ihre Wurzeln im Punk.

WEIL es für uns Mädchen einfacher werden soll, unsere Arbeiten zu hören/sehen, damit wir unsere Strategien teilen und uns gegenseitig kritisieren/applaudieren können.
WEIL wir die Produktionsmittel übernehmen müssen, um unsere eigenen Bedeutungen zu kreieren. [---]
WEIL wir Wege finden wollen, wie wir antihierarchisch sein und Musik machen, Freundschaften und Szenen entwickeln können, die auf Kommunikation und Verständnis basieren und nicht auf Konkurrenz und Kategorisierungen von Gut und Böse. [---]
WEIL wir Kapitalismus in all seinen Formen hassen und weil es unser zentrales Ziel ist, Informationen zu teilen und wir nicht den herrschenden Standards entsprechend nur Geld machen oder cool sein wollen.

(Auszug aus dem Riot-Grrrl-Manifest, in deutscher Übersetzung abgedruckt in: Lips, Tits, Hits, Power? Popkultur und Feminismus. Hg. von Anette Baldauf und Katharina Weingartner, Wien/Bozen: Folio, 1998)

Als dieses Manifest 1990 unter dem Titel Revolution Girl-Style Now erschien, war es Ausdruck einer Bewegung von Frauen und Mädchen, die sich Anfang der 90er Jahre aus der Punk- und Grunge-Szene in Olympia, Washington und Washington D.C. formierten, eigene Zines produzierten und aus der heraus sich Bands wie Bratmobile, Bikini Kill, Team Dresch oder Sleater Kinney gründeten. Das waren nur einige der Maßnahmen angesichts einer männlich dominierten, weißen Musikszene, an der Frauen und Mädchen größtenteils nur als Groupies oder Girlfriends teilnehmen durften: Außerdem trafen sich die jungen Frauen, um über Sexismus, sexuellen Missbrauch, Vergewaltigung, Essstörungen und Pornographie zu diskutieren und Gegenstrategien zu entwickeln. Eines der wesentlichsten Ziele dabei war die Selbstermächtigung, z.B. durch Selbstverteidigung. Klar, dass auch Schönheitsidealen und gängigen Geschlechterkonstruktionen der Kampf angesagt wurde. Die Kritik an kapitalistischen Verwertungszwängen führte dazu, dass der Do-It-Yourself-Gedanke sich ausbreitete, wobei es galt Hierarchien abzubauen und die Grenzen zwischen Publikum und Performerinnen aufzuheben, indem die Zuschauerinnen aufgefordert wurden, sich aktiv einzubringen.
Spätestens bei der Umsetzung zeigte sich, dass es schon in diesen frühen Jahren keinen einheitlichen Konsens gab, sondern vielleicht schon eher viele subjektive Empfindungen zudem was Riot Grrrl ausmachen und wie die Riot Grrrl Revolution gestaltet werden könnte.
Als ein Beispiel sei der Fall des Samplers Home Alive genannt. Home Alive war 1993 in Seattle von Feministinnen als Non-Profit-Organisation für Selbstverteidigungskurse gegründet worden. Die Entscheidung des Kollektivs einen Sampler, dessen Erlös dem Projekt zugute kommen sollte, bei Sony zu veröffentlichen, führte zu heftigen Debatten. Würden sie den Balanceakt bewältigen eine breite Zielgruppe anzusprechen ohne die eigene Integrität aufs Spiel zu setzen? Home Alive gelang es, einen Vertrag auszuhandlen, der ihnen volle Kontrolle über Inhalt, Marketing und Werbung überließ. Statt der erwarteten 40.000 Alben verkauften sich 150.000, und die Home Alive-Frauen hatten nun genug Geld um ihre feministische Arbeit zu finanzieren. Ein direktes Gegenbeispiel lässt sich heute noch auf den Kleiderbügeln von H&M und den Musikvideos auf MTV und VIVA finden. Girlism heißt der Begriff, mit dem der Mainstream das riot grrrl movement komplett entpolitisiert und zu einer leeren Hülle ohne feministische Aussage degradiert hat, die sich mit dem Prädikat "rebellisch" aber immer noch gut verkaufen lässt.

"Sich durch die Medien manövrieren, so gut wir konnten", war die Taktik des Kollektivs, eine andere ist die totale Verweigerung gegenüber herkömmlichen Medien. Wer aber sind "die Medien" und wer definiert, welche Medien okay sind und welche nicht?
Eine Debatte, die auch die Vorbereitungen des Ladyfest Hamburg prägt.

Von Riot Grrrl zum Ladyfest
Als Reaktion auf den unsäglich vereinnahmenden Medienhype eigneten sich ehemalige Riot Grrrls den Begriff "Lady" an und zelebrierten das erste Ladyfest im Jahre 2000 in Olympia, Washington. Wie "Girl" ist auch "Lady" als Rückeroberung zu verstehen - so wie man sich zuvor "bitch" oder "slut" subversiv angeeignet

hatte oder "gay" oder "nigga". Eine Lady ist eine Frau, die Respekt einfordert, sich ihrer Fähigkeiten bewusst ist und nicht mehr um Anerkennung kämpfen muss. Dabei wird "Lady" keineswegs biologistisch verstanden, sondern bezieht gezielt queere und transgender Personen mit ein, denn schließlich ist eines der Ziele des Ladyfests die Aufhebung von Zwangsheterosexualität und Zweigeschlechtlichkeit.

Ladyfeste sind eine Plattform für feministische, queere und transgender Kultur. Bereits ein Jahr nach Olympia,Washington organisierten Frauen Ladyfeste in anderen Städten und die Welle schwappte kurz darauf nach Europa über. Das Ladyfest Hamburg, das nunmehr ca. Fünfzigste seiner Art, steht also in einer langen Tradition und ist Teil eines internationalen Netzwerks. Besonders wichtig – und hier wird die riot grrrl-Idee wieder aufgegriffen – ist der Do-It-Yourself-Gedanke. In bester Punk-Manier bietet das Ladyfest offene Bühnen für Künstlerinnen, die noch keine oder wenig Bühnenerfahrung haben und ihre Arbeiten nun vor solidarischem Publikum präsentieren können. Dies gilt für Kunstausstellungen ebenso wie für Konzerte junger Bands und Lesungen noch unveröffentlichter Autorinnen. In Workshops geben Frauen ihr Wissen weiter, lernen gemeinsam, wie man Fanzines gestaltet oder Comics zeichnet. Stockkampf und Klettern stehen dabei ebenso auf dem Programm wie Radical Cheerleading, das so gar nicht dem Bild braver College-Girls entspricht, die das männliche Team supporten, sondern wo sexistische Inszenierungen ironisch gebrochen werden. Noch mehr gender trouble wird es beim Workshop zu Boygroups geben, der sich mit cross dressing, drag kings und queer politics befasst.

Aber auch beim Ladyfest gibt es keine einheitlichen Definitionen, keine Corporate Identity, sondern jedes Ladyfest ist Produkt der Frauen, die in der Vorbereitungsgruppe ihr Engagement, ihre Interessen und Erfahrungen aus diversen politischen und kulturellen Kontexten einbringen. Die Heterogenität, die sich in der Vorbereitung und im Programm wiederfindet, basiert auf der Koexistenz unterschiedlichster feministischer Ansätze. Auch diese Debatten bleiben auch unter den rund 60 Organisatorinnen des Hamburger Ladyfests nicht aus. Konträre Auffassungen von Feminismus treffen aufeinander und zeigen, dass es nicht "den" Feminismus gibt, sondern unzählige verschiedene feministische Strategien. Von "auf alle Fälle die Stadt rocken" bis "sich um keinen Preis anbiedern wollen" reichen da die Ansätze. Und der Balanceakt bleibt schwierig, wenn beide Strategien ihre Berechtigung haben sollen: die Tendenz, eigene Strukturen zu nutzen, zu verstärken, auszubauen bzw. der Wunsch möglichst breit und fett präsent zu sein und auch solche Medien zu nutzen, die kapitalistischen Verwertungszwängen unterliegen. Oder wie es die New Yorker Fotokünstlerin Shell Sheddy in Lips, Tits, Hits, Power sagt: "Schwierigkeiten ergeben sich immer dann, wenn eine Gruppe von Frauen zu dominant wird, ihre Definition von den ‚richtigen' Riot Grrrls dem Rest aufdrängt und dabei Andersdenkende ausschließt, also genau das tut, was Riot Grrrl eigentlich bekämpfen will – Hierarchien etablieren, Konkurrenz und Abwertung statt Unterstützung schaffen."

Auch wenn um die Umsetzung gestritten wird, einig sind sich alle Ladyfest-Organisatorinnen in ihrer Zielsetzung! Denn seit Schwarz-Schill sind die Orte für feministische/queere Kultur in Hamburg weniger geworden. Ein Grund mehr für die Ladyfest-Organisatorinnen öffentliche Freiräume zu schaffen, die weitestgehend frei sind von Sexismus, Kapitalismus, Rassismus und Antisemitismus, aber gerade auch frei von normierten Vorstellungen, Konkurrenzdenken, Schönheitsidealen und anderen (Alltags-)zwängen und –konstruktionen. Dass diese Freiräume dann Plattformen unterschiedlichster feministischer Ansätze sein werden, steht schon jetzt fest. Inwiefern diese als Foren für weitere feministische Diskurse wahrgenommen werden, hängt dann von den Besucherinnen ab, denn für das Ladyfest gilt, dass es nur so gut und spannend wie seine Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden kann:

[...]

Für das Ladyfest suchen wir noch ganz dringend HelferInnen für Tresen, Kasse, Auf- und Abbau, als Technikerin, Beleuchterin, Dolmetscherin, und noch viel mehr. Bitte melden unter helferinnen@ladyfesthamburg.org. Außerdem benötigen wir noch dringend Schlafplätze für die Künstlerinnen, Aktivistinnen, Musikerinnen und BesucherInnen von außerhalb: schlafboerse@ladyfesthamburg.org.

Ein Artikel der Pressegruppe des Ladyfests Hamburg.

Auszüge aus dem bisherigen Programm:

Freitag, 22.8. :
Comic – workshop :
Who's your own heroine....
Für zeichnende DilletantInnen, professionelle AmateurInnen oder zufällig Zeichnende...[...]
Fanzine –workshop:
Es soll über die Tage ein Ladyfest Fanzine entwickelt werden, aber auch inhaltlich über Fanzines [...] geredet und sich vernetzt werden.

Samstag 23.8 :
Dragking-boygroup –workshop:
" drag – to fly in the space of stereotypes "
Kann der Definitionsmacht von Geschlechterrollen mit Humor begegnet werden...welche Stereotypen / Rollenbilder wolltest du dir schon immer mal aneignen und ist eine Drag-Performance ein politischer [...]?
Abseilen-Workshop:
Hast du schon immer mal Lust gehabt ein Transparent in luftiger Höhe anzubringen? [....]
DJ Workshop:
[...] In der ersten Stunde führt Euch Lektrogirl in die Grundbasis des Auflegens ein – das "Sound Engineering" und "Crossfading" mit dem Mixer, in der zweiten und dritten Stunde wird euch beigebracht, wie ihr die Turntables als "Spinningquelle" zum Scratchen und Beatmixen nutzen könnt. Und am Ende bringt ihr euch das DJing noch einmal untereinander gegenseitig bei.

Sonntag 24.8 :
Performance:
Es lebe das do-it-yourself-prinzip....
Geh auf die Bühne , wenn du was zu sagen hast ..such dir einen Ausdruck auf den du Lust hast.
[...] Offen für alle leidenschaftlichen Performerinnen, Dilletantinnen, professionelle Amateurinnen und schüchterne Stars!

Außerdem sind geplant:
Siebdruckworkshop in der Druckwerkstatt der Flora, ein Studiotechnik- Workshop, ein "Workshop" zu sogenannten Essstörungen sowie Phillippinischer Stockkampf in Verbindung mit neuem Tanz.

Konzerte in der Flora:
Freitag d. 22.08. ab 21:30
Gertrude (England)
Karl-Heinz (Hamburg)
Katriana (Hamburg)
Hang on the Box (Peking (t.b.c.))
... und im Keller die Open Stage

Samstag d. 23.08.
Monotekktoni (Berlin)
Don't nod (Hamburg)
Lorena and the Bobbits (Berlin)
Tribe 8 (San Francisco (t.b.c))

Mehr zu den Bands, Zeiten und den weiteren Veranstaltungen im Rahmen des Ladyfests. findet ihr mit ständig aktualisierte Infos (auch zu den regelmäßig stattfindenden Vorbereitungstreffen) unter www.ladyfesthamburg.org.

LADYFEST HAMBURG
21.-24. August 2003



Schanzenstraße 27

täglich geöffnet ab 19:30 Uhr und nach Heimspielen

alternative Rock-Pop und Punk

Frühstücken SONNTAGS VON 11-18 UHR

UNTER EINEM ANDEREN STERN

Rundstücken NACH LANGER NACHT

Spätstücken



im **FRITZ BAUCH**

---

buch- und infoladen

schwarzmarkt

Bücher, Broschüren und ein Archiv zu folgenden Themen haben wir:

- ★Feminismus ★Antifaschismus
- ★Internationales ★Umstrukturierung
- ★Antirassismus ★Repression
- ★Anarchismus ★Kommunismus
- ★Linke Geschichte und Theorie
- ★Anti-AKW ★Aktuelle Infos

kleiner schäferkamp 46 | 20357 hamburg
tel 040 44 60 95 | fax 040 410 81 22

öffnungszeiten
mo, di, mi, fr 15 - 19 uhr | sa 12 - 15 uhr

Ihr könnt Euch ausserdem selber Material für Büchertische zusammaenstellen.

Schanzenstern
ÜBERNACHTUNGS- UND GASTHAUS
Bartelsstraße 12
20357 Hamburg
Tel.: 040 / 432 90 409
Fax: 040 / 439 34 13
http://www.schanzenstern.de

RESTAURANT / CAFE

überwiegend mit Produkten aus ökologischem Anbau

Fleisch und Wurst ausschließlich vom Bioland-Hof

Hausgemachte Vollwertkuchen

täglich wechselnd Mittagstisch - Abendkarte

Sonntags Frühstücksbüffet kalt / warm

Mo 18.00 - 1.00 Uhr
Di-Sa 10.30 - 1.00 Uhr
So 11.00 - 1.00 Uhr

UNTER HAMBURGS STERNEN SCHLAFEN, OHNE ASTRONOMISCHE SUMMEN ZU BEZAHLEN

ab DM 33,- pro Nacht
Prospekt anfordern



Meuchefitzer Gasthof Tagungshaus

Im Besitz der Belegschaft

Tagungshaus + Kneipe, Restaurant + kl. Bio-Landwirtschaft - mit Tieren + 45 Betten, für Gruppen ab 8 Pers. 15 DM + nur Wochenende 20 DM + Kleingruppen u. Einzelpersonen plus 5 DM + Selbst-, Teil- bis Voll- und Vollwert-Verpflegung möglich. Das Haus ist in 3 abgeschlossene Wohnbereiche für 10-12, 20-22 bzw. 13 Pers. mit jeweils eigenen Küchen und Sanitärräumen aufgeteilt.

29482 Meuchefitz
Haus Nr.19
Tel. (05841) 5977
Fax (05841) 6976

Schwarzer Hahn Lensian



Wendländisches Tagungs- und Gästehaus

- 14 Betten in Ein- bis Drei-Bett-Zimmern
- Selbstversorgung, Teil- oder Vollverpfl.
- Übernachtung 17,-/20,- DM pro Person
- Seminarraum, Selbstversorger-Küche, Aufenthaltsräume, großer Innenhof

Kulturverein Schwarzer Hahn e.V.
Am Rundling 1
29462 Lensian
Telefon: 0 58 43 / 241
Fax: 0 58 43 / 1413
e-mail: tagungshaus@schwarzer-hahn.de
www.schwarzer-hahn.de

Buchhandlung IM SCHANZENVIERTEL

Literatur & Politik
Schulterblatt 55
Tel. 040 / 430 08 08
Fax. 040 / 430 16 37

Kinderbuch & Pädagogik
Schanzenstraße 6
Tel. 040 / 430 08 88

Montag - Freitag
9.30 - 18.30

Samstag
10.00 - 14.00

c/o DIE DRUCKEREI
20357 Hamburg

Schulterblatt 88
20357 Hamburg



Flora bleibt unverträglich

rote flora im juli

Mi 02.07. 19 uhr	artcafe
Fr 04.07. 21uhr	hc konzert-ambulance(his hero´s gone like...) völkermord (midtempo rock-kruste) kochen mit glas (noiserock aus hh)
Sa 05.07. 21uhr	druckgruppensolikonzert: sport,schnelle autos organisation und wahrscheinlich don´t not
Mi 09.07. 19uhr	artcafe
Do 10.07. 21uhr	the assistant (usa) wildester schrei-chaos-core mit eingestreuten melodischen teilen. [ex-you and i] The days between (schweden) midtempo 90er newschool-hardcore.
Fr 11.07. 22 uhr	Soliparty für den queeren salon
Sa 12.07. 23 uhr	elektro.reggae.bhangra.superdisco oben: shakti sisters bhangra bollywood classics asian underground martinhorn &fonetticut electroclash halle: roots comandment soulreggaedub, steppin-warrior, weed akustic
Mi 06.07. 19 uhr	artcafé
Do 17.07. 21.30 uhr	who´s saviour (new deathmetal) elysieh (wie öpstand) george bitch (frankreich)
Fr 18.07. 23uhr	nuff-vibes and amadou promotion presents: (check www.nuff-vibes.de) A night of heavyweight vibes voltage-three conscious sound ina unity black famous (has found there lost tunes) burning spliff (the veteran selektas back to work) I-tal acoustic (playin on there own soundest gives them more fire) Ragga and jungle floor: senisoldier & friends
So 20.07. 21uhr	DISPENSING OF FALSE HALOS (usa) screamo-hardcore mit ner guten portion metal. CALLING GINA CLARK (lübeck/hamburg) hektischer, überdrehter frickel-chaos-core.
Mo 21.07. 21uhr	hc konzert:scorned (usa) + skitkid (swe)
Mi 23.07. 19 uhr	artcafé
Fr 25.07. 23 uhr	reggaekellerklub
Mi 30.07. 19uhr	artcafe

Regelmäßige Termine:

Montag ab 19 Uhr Kochsession veganes essen Ab 17 Uhr offene Motorradwerkstatt-schrauben und klönen 18.30 – 21 Uhr Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 17-20 Uhr Archiv der sozialen Bewegungen **Dienstag** 18-23 Uhr Dubcafe **Mittwoch** 19 Uhr "Wie es euch gefällt-cafe **Donnerstag** 19.30 Uhr Anti Castor CafeDonners. 1.+3 ab 19 Uhr Kochkollektiv veganes essen 17-20 Uhr Archiv der sozialen Bewegungen**1. Samstag** im ab 12 Uhr Frühstück **Sonntag** ab 17 Uhr Cafe Niemandsland richtige Politik, echter Kaffee und fricher Kuchen Studio F (fsk 93.0) sendet ganztätig aus der Roten Flora